

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Sonder-Nummer

Chefredakteur: M. Braun

Ein Reichstagsbrandstifter meldet sich

SA.-Mann Kruse Nr. 134 522 vom Stabe Röhm's schreibt aus der Schweiz an den Reichspräsidenten

Ein SA.-Mann vom Stabe Röhm's hat am 18. Juli den nachfolgenden Brief an den Reichspräsidenten geschrieben und uns eine Abschrift übersandt. Der Brief enthält ungeheuerliche Beschuldigungen, die man, wenn sie gegen Parteiführer und Regierungsmänner mit den Sitten eines zivilisierten Volkes erhoben wären, ohne weiteres als unsinnig zurückweisen würde. Gegenüber den Männern des 30. Juni steht aber jede Schandtat im Bereich des Möglichen. Wenn schon bisher alle Welt geglaubt hat, daß die Brandstiftung im Reichstage ein Provokateurstück der Nationalsozialisten war und alle Welt insbesondere auf den Ministerpräsidenten Göring zeigte, so ist nach dem 30. Juni der Verdacht für Millionen Menschen, die bisher noch zweifelten, neu zur Gewißheit geworden.

Der Brief des SA.-Mannes Kruse ist nur eine Bestätigung dessen, was jeder vermutete, der den Reichstagsbrandprozeß mit kritischer Gewissenhaftigkeit verfolgt hat. Wir hielten uns für verpflichtet, den Brief des SA.-Mannes Kruse mit dem Vorbehalt an die Öffentlichkeit zu bringen, daß uns selbst im Augenblick die Nachprüfung seiner Angaben nicht möglich ist. Zu der Veröffentlichung haben wir uns entschlossen, um möglichst zu verhindern, daß der Brief des SA.-Mannes auf dem Wege nach Berlin oder im Büro des Reichspräsidenten verschwindet.

Daß der SA.-Mann Kruse um sein Leben fürchtet und daher sich zunächst verborgen hält, wird jedermann begreifen.

Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

Schweiz, den 18. Juli 1934.

An den
Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg
Neudorf (Schloß Neudorf).

Exzellenz.

Mein Schreiben wird Sie zweifelsohne in Ersauern lassen, vorausgesetzt, daß Sie solches überhaupt erhalten und man Ihnen solches nicht auch unterschlägt, wie es dem Vernehmen nach vorkommen soll. Ich schreibe Ihnen als bisheriger deutscher SA.-Mann, teils aus mir selbst, teils im Auftrage meines bisherigen Stabschefs Ernst Röhm, der leider durch den Kanzler Hitler ermordet wurde.

Wegest und verfolgt von der Gestapo, nachts gewandert, tagsüber versteckt bei Freunden, in Viehwagen und in Dampfwagen versteckt, so habe ich gestern die Schweizergrenze erreicht, weiß aber, daß ich auch hier noch nicht in Sicherheit bin. Ich weiß, daß ich auch hier verfolgt werde von den Spitzeln und wenn ich nicht hier im Hause eines Freundes für einige Stunden Unterschlupf bekommen hätte, so wäre ich wahrscheinlich bereits durch diese Spitzel ermordet. Ich bin der letzte der aktiven Brandstifter des Reichstagsgebäudes, darum darf ich nicht mehr leben und wäre wohl schon längst wie alle meine Kameraden erschossen worden, wenn nicht der Stabschef Röhm gedacht und in seinem persönlichen Gesolge gehabt hätte. Ich schreibe diesen meinen Bericht an Sie mit Hilfe eines schreibgewandten Freundes, damit mein Bericht wenigstens niedergelegt ist, falls mir etwas passieren sollte. Das aber kann ich nicht unterlassen: Ich werde die Kopien dieses Schreibens gleichzeitig an drei verschiedene Zeitungen neutraler Länder senden, damit diese den Inhalt veröffentlichen, denn die Stunde ist nun gekommen, wo jede Rücksicht auf mein Vaterland aufhört, wo nur die Wahrheit gesagt werden darf und wo endlich an den Tag kommen soll, was vor dem 30. Juni alles passiert ist und wie der Reichstag angezündet wurde. Ich schwöre Ihnen, daß es die volle Wahrheit ist und wenn ich von hier fort kommen kann und nicht irgendwo ermordet werde, dann werde ich die Akten, die mir mein Stabschef Röhm übergeben hat, der englischen Regierung zur Kenntnis und Veröffentlichung überreichen, sie gleichzeitig um Schutz anheben. Ich verstehe wenig von Politik oder gar nichts, kann Ihnen deshalb nicht viel über die Verhandlungen vor dem 30. Juni sagen, als was ich aus dem Kreise der im Büro meines Chefs verkehrenden Personen und Führer der SA. aufgeschnappt habe oder mir der Chef in seiner Aufregung der letzten Zeit selbst gesagt hat.

Mein Name ist Ernst Kruse, SA.-Mann Nr. 134 522, zuletzt zum Stab des Stabschefs Röhm und sein persönlicher Diener. Ich will gewiß den Verstorbenen nicht in Schutz nehmen für seine Handlungen und will auch nicht ein Loblied singen, ich weiß, er hat gefehlt in mancher Beziehung, besonders auch in sittlicher Beziehung, aber mir gegenüber war er stets gut und recht und hat mir manches Gute erwiesen, das ich ihm nie vergessen werde, wenn ich auch nicht zu denen gehörte, die ihm hörig waren, wie so manche seiner SA.- und SA.-Leute.

Nun ganz kurz eine Beschreibung der Vorgänge vor dem 30. Juni. Ich weiß, daß auf Drängen von Ministerpräsident Göring die SA. sollte aufgelöst werden. Goebbels, dieser Schwindler, hat auch geholfen, hat aber zuerst für die SA. gesprochen, d. h. uns gegenüber zu uns gehalten, bis er alles wahrte und dann hat er alles verraten, der ist schlimmer

als ein Judas. Röhm und eine ganze Anzahl Führer der SA. wehrten sich dagegen und haben in langen Verhandlungen versucht, eine Änderung zu erreichen, die Kameraden drängten überall auf Röhm, daß er die Verweigerung nicht zulasse. Als alles nichts nützte, drohte Röhm und einige der hohen SA.-Führer an Hitler, daß wenn die SA. aufgelöst werde oder zersplittert werde, er sich mit Militärs in Verbindung setzen werde, um entl. mit Gewalt die Auflösung zu verhindern. Er werde die Voraussetzungen beim Reichstagsbrand veröffentlichen, und damit den Sturz Görings, Goebbels und damit Hitlers herbeiführen. Entweder oder. Hitler sagte zu, daß er verhüten wolle, daß die SA. zu Schaden komme, verlor sich auch Göring und Goebbels herumzubringen. Röhm aber verlangte bestimmte Antwort und positive Erklärungen bis zum 1. Juli mittags, andernfalls Röhm annehme, daß seine Zusage gegeben werden könne, dann werde er Landeln und sich auf eigene Faust zunächst mit einigen seiner Führer verbinden und gewisse Militärsellen des Reiches orientieren.

Einige Militärs waren bereits im Bilde, waren auch evtl. bereit, an höherer Stelle um Unterstützung Göring's zu verwenden, alles aber erst, wenn bis zum 1. Juli mittags die Zusage Hitlers nicht angelangt sei. General Schleichert wurde auch gefragt darüber, er ließ aber dem Vermittler schriftlich erklären, daß er mit der ganzen Sache nichts zu tun haben wolle, mit einer Regierung von Brandstiftern wolle er nichts zu tun haben. Diese Bemerkung wurde Hitler und Göring auch hinterbracht, worauf Hitler an Röhm ein heftiges Telefon losließ, daß man im Nebenbüro hören konnte, so tobte dieser edle Kanzler.

In der Nacht vom 30. Juni wurde nun die Aktion durch Hitler in München durchgeführt. Ich war selbst in jenen Stunden nicht in Wiessee, sondern in München. Als ich davon hörte, floh ich sofort und versteckte mich dort, wo ich schon längst den Plan hatte, mich zu verbergen, da ich nie sicher war, daß nicht eines Tages ich, von Röhm unbeschützt, doch noch mal dran glauben mußte.

Hitler hat nicht sein Versprechen eingelöst, bis zum 1. Juli mittags die Antwort zu geben, sondern er hat in der Nacht vorher losgeschlagen. Röhm wäre sicher nicht im Bett gewesen und auch die anderen Führer nicht, wenn in dieser Nacht wirklich eine Revolte geplant gewesen wäre. Das weiß heute jeder SA.-Mann auswendig.

Röhm, der gute Kerl, mußte dran glauben und viele seiner Freunde mit, aber das weiß ich, daß die Kameraden die Augen seither lose stehen haben, wenn Hitler, Göring und Goebbels mal nicht hübsch geschäftig sich zeigen sollten. Welche politischen Hintergründe da mitspielen, das alles weiß ich nicht, als einfacher SA.-Mann habe ich auch nichts verstanden und habe mich nicht darum gekümmert, solange alles recht ging, d. h. ich mein Auskommen hatte.

Alles weitere werden die Akten ergeben, die ich hier bei mir trage und auf Umwegen der englischen Regierung überbringen werde. Diese soll dann bestimmen.

Nun zu etwas anderem. Der Reichstag ist nicht von den Kommunisten, sondern von SA.-Männern mit Hilfe von Van der Lubbe angezündet worden. Ich werde Namen nennen.

Am 10. Februar 1933 wurde von Röhm, Heines und Ernst eine Gruppe von 10 Mann aufgelöst, darunter auch ich, zu einer vertrauten Elitengruppe. Der Plan des Brandes wurde genau besprochen und jeder getragt, ob er mitmache, d. h. er wurde unter Eid gesetzt, zu schwelgen und weitere Befehle abzuwarten. Ein Mann namens Radtke lebte

Unsere neuen Veröffentlichungen über die Naziführung und die Reichstagsbrandstiftung haben eine große Nachfrage nach den betreffenden Ausgaben zur Folge gehabt.

Da diese Nummern der „Deutschen Freiheit“ schon nach wenigen Stunden vergriffen waren, noch immer jedoch Nachbestellungen einlaufen, haben wir uns entschlossen, die vorliegende Sonderausgabe zusammenzustellen.

ab, er könne es mit dem Gewissen nicht vereinbaren, das zu tun. Er wurde abgeführt, wir haben ihn nie mehr gesehen, er durfte doch nicht ausfragen in seinem inneren Druß. Wir ändern ahnen, wohnen er kam und schliefen, wir wußten, daß wir sonst die Sonne nicht mehr scheinen sehen würden. Van der Lubbe war dem Stabschef Röhm hörig, und weil er ein ganz verrückter Streber war, und sich überall groß machen wollte, wurde er mitbestimmt, den Reichstag anzuzünden, d. h. ihm wurde nichts gesagt von uns, er sollte ganz allein einsteigen, mit Fadeln, die ihm geliefert wurden, die Nebenräume anzünden nach ganz bestimmter Vorschrift, wir aber sollten im genau gleichen Zeitpunkt den großen Saal anzünden mit Explosivbrandstoff.

Wir mußten zweimal nachts Übung abhalten und vom Präsidentenpalais aus durch den Kellergang hinausrennen und wieder fortlaufen. Ich will mich mit den Vorbereitungen nicht lange aufhalten, jetzt die Namen nennen, die direkt beteiligt waren: Heines, Ernst, als Führer, jeder eine Gruppe von 5 Mann, dann Brähm, Steitzmann, Nagel, Erup, Rummelsbach, Dieringer, Pratschke, Lehmann, Schmitz und Kruse.

Ich kann heute die genaue Zeit auf die Minute nicht mehr nennen, als der Befehl kam in der Nacht des 27. Februar, als wir im Keller des Präsidentenpalais von Göring versammelt waren, daß von der Lubbe bereits am Dampfe angekommen sei. Jeder von uns hatte einen Jellolösungsstift mit einem leichten Pulver darin und eine Rolle Zelloidstreifen. Was für Pulver, das wurde uns nicht gesagt. Wir hatten jeder einen Streifen an ganz bestimmten Orten aufzustellen, mit den Streifen zu verbinden und den Streifen gegen den Ausgang des Kellers auszuwickeln. Dort standen Ernst an einem Streifenbündel, am andern Heines und als wir uns zurückgezogen hatten zum Kellereingang, zündeten diese auf einen Befehl Röhm's, der inzwischen sich überzeugte, daß von der Lubbe im Nebenraum herumgesprang, die Streifen an Feuerfingern nach allen Seiten, wo der Saal getroffen wurde, ein dummer Ton und wie brennendes Mehl war die Luft voll und sofort war alles in einen brennenden Dampf eingehüllt. Wir flohen sofort. Das Wort war getan. Van der Lubbe wurde wie verabredet getroffen, das sollte ja so sein, man hatte ihm versprochen, daß er nach der vielleicht ziemlich langen Haft, die man eben nicht vermeiden konnte dem Volke gegenüber, ihn wohl verurteilen werde, aber man werde ihn dann heimlich entlassen und mit viel Geld nach Amerika spekulieren, wo er es gut haben könne. Ein reicher Mann, da könne man schon mal ein paar Monate sitzen, besonders wenn man es ihm so bequem als möglich mache.

Was diese Leute gehalten haben? Mich schaudert, wenn ich daran denke, mich schaudert aber auch, wenn ich daran denke, daß meine Kameraden, denen unter Todesdrohung die Tat anverlangt wurde, alle nach und nach verschwand, der eine früher, der andere später. Nur Röhm, Heines, Ernst und Nagel waren neben mir noch am Leben in der letzten Zeit. Nagel ist aber auch am 30. Juni mit Heines erschossen worden.

Uns Kameraden hat man gesagt, daß die Entscheidung bei der Wahl vom März 1933 auf dem Spiele stehe, es sei zu befürchten, daß die Kommunisten und Sozialisten doch eine große Mehrheit bekämen und dann sei alles umsonst gewesen und alle Kameraden hätten umsonst auf ihre Posten gewartet. Es gelte die Abrechnung mit den Kommunisten. Herr Reichspräsident! Ich weiß, ich selbst verdiene nichts anderes als eine Kugel, wenn ich an die Folgen jener Brandnacht denke, wenn ich auch unter Todesdrohung dazu gezwungen wurde, mitzumachen, aber das eine sollen die großen Salunken doch noch erleben, daß diese grausige Brandnacht der Wahrheit gemäß an die Öffentlichkeit kommt, daß alles klar wird um diesen Schandfleck der deutschen Nation. Heute weiß ich, daß Deutschland zugrunde geht, wenn nicht eine andere Regierung kommt, heute würde ich tausendmal gerne alles zurücknehmen, was ich getan, wenn ich nur könnte, aber gut machen will vor Gott und den Menschen und alles sagen, dann wird auch mein Gewissen leichter. Mögen sie dann kommen, die Spürhunde, die mich verfolgen seit dem 30. Juni, um derentwillen ich gehungert und gedurftet, halb verreckt bin im Dreck der Viehställe, um mich zu verbergen.

Röhm war in mancher Beziehung schlecht, aber so schlecht war er doch nicht wie Göring, Goebbels und der Leg., von Hitler wollen wir gar nicht reden, der hat ja kein Wort, der ist ein Hampelmann in den Händen der andern, ein großer Altagutz, wie ihn die SA.-Führer stets nannten. Das ist

SA.-Mann Kruse und das Reichsgericht

Die Anklage gegen die deutsche Reichsregierung

Am 26. Juli schrieb die „Deutsche Freiheit“:

Der Brief des SA.-Mannes Kruse, Nr. 104 522, vom Stabe Röhm an den Reichspräsidenten hat durch die Veröffentlichung in der „Deutschen Freiheit“ weiteste Verbreitung gefunden. Wie wir zahlreichen Zuschriften an uns entnehmen, hat das Dokument großes Aufsehen erregt und stark überzeugend gewirkt. Da die Welt seit dem 30. Juni weiß, daß die nationalsozialistische Führung durch Mord sich der Mitwisser ihrer Verbrechen entledigt, wird auch allgemein begriffen, daß der SA.-Mann Kruse, der sich selbst der Beteiligung an der Reichstagsbrandstiftung beschuldigt, seinen Aufenthalt verheimlicht.

Auf eine Stellungnahme der nationalsozialistischen Führung im Reich hat man bisher vergeblich gewartet. Der amtliche Dementierapparat, der sonst sehr rasch funktioniert, schweigt. Mit einem einfachen Ableugnen wäre es auch nicht getan. Hitler, Göring und Goebbels müssen sie zu den tatsächlichen Angaben des SA.-Mannes Kruse Stellung nehmen lassen, an die vielen ungeklärten Fragen des Reichstagsprozesses herangehen, die man im geheimnisvollen Dunkel lieg, und die durch den Brief Kruses mehr beleuchtet werden als durch alles, was Untersuchungsrichter und Gerichtshof zur Aufklärung oder richtiger zur Vertuschung der Vorgänge in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 getan haben. Greifen wir einige dieser Fragen heraus.

Van der Lubbe und Röhm

SA.-Mann Kruse geht davon aus, daß van der Lubbe dem Stadtschef Röhm hörig war.

Die Untersuchungskommission des Gegenprozesses, die in Holland tagte, hat erklärt: „es wurde einwandfrei festgestellt, daß van der Lubbe homosexuell ist. Diese Feststellung basiert auf einer dramatischen Vernehmung des holländischen Schriftstellers Freek van Penne, der vor der Untersuchungskommission einwandfreie Aussagen über die homosexuelle Veranlagung von der Lubbes gemacht hat.“

In dem ersten Band des „Braunbuchs“ werden zwei Zeugenberichte aufgeführt, die auslagen, daß van der Lubbe in homosexueller Beziehung zu Reichsminister Röhm gehandelt hat. Die Nazipresse hat damals diese Behauptungen ebenso wütend zurückgewiesen, wie sie damals jede homosexuelle Betätigung Röhm's bestritt. Was man von diesem Ableugnen zu halten hat, zeigen die unmoralischen 12 Punkte Dillers, die plötzlich „Röhm's unglückliche Veranlagung“ ausgeben.

Im Londoner Gegenprozeß ist ein deutscher Journalist als Zeuge aufgetreten, der bekundete, daß der von den Nationalsozialisten ermordete Dr. Fell im Jahre 1932 bei einem intimen Gespräch Röhm's „Liebesliste“ gezeigt habe. Auf dieser Liebesliste waren die Namen von Röhm's Lustknaben vermerkt. Unter ihnen fand sich auch der Name van der Lubbe.

Der Untersuchungsrichter des sogenannten Gegenprozesses hat mehrfach in dringlichen Telegrammen das Gericht aufgefordert, Hauptmann Röhm unter Eid über seine Beziehungen zu van der Lubbe zu befragen. Das Gericht hat Hauptmann Röhm nicht vorgeladen. Es ist dieser überaus wichtigen Spur einer Verbindung zwischen van der Lubbe und den Nazis nicht nachgegangen.

Der Oberreichsanwalt hat in seiner Anklagerede van der Lubbes Homosexualität bestritten. Der holländische Gerichtspräsident de Jongh, der viele Jahre als Jugendrichter tätig war, und im Gegensatz zum Oberreichsanwalt im Reichstagsprozeß nicht Partei gewesen ist, zudem ein Mann von hoher juristischer Autorität, hat in seinem Buch „Der Brand“ zur homosexuellen Veranlagung von der Lubbes festgehalten:

„Es scheint wohl sicher, daß einer von den Freunden van der Lubbes homosexuell ist. Doch dieser ist mit ihm in keiner sexuellen Beziehung gestanden. Demgegenüber hat ein anderer Freund erklärt, daß er lange Zeit mit van der Lubbe verkehrt habe und daß diese Beziehung wie die zwischen einem Mädchen und einem Jungen war.“

Das Gericht hat nichts getan, diese wichtigen Fragen zu klären.

Bei dem politischen Druck, der von der herrschenden Partei und ihren führenden Männern, zu denen damals noch Röhm in überragender Stellung gehörte, auf den Oberreichsanwalt und die Richter ausgeübt worden ist, läßt sich die Ausschaltung des Komplexes der Homosexualität von der Lubbes und seiner behaupteten Beziehungen zu Röhm nur dadurch erklären, daß Parteiführer, Oberreichsanwalt und Richter die Durchleuchtung der Beziehungen fürchteten.

Der 10. Februar

SA.-Mann Kruse nennt den van der Lubbe einen „anz verrückten Streber“. Der holländische Polizeibericht, der im Reichstagsprozeß verlesen worden ist, sagt über van der Lubbe wörtlich:

„Van der Lubbe wollte immer Führer sein. Doch schloß hierfür alle Voraussetzungen. Er ist von krankhaftem Geltungsbedürfnis erfüllt.“

Der SA.-Mann Kruse behauptet, daß van der Lubbe zu den Vorbereitungen, die am 10. Februar 1933 begonnen hätten, zugezogen worden sei. Feststeht, daß van der Lubbe bereits zwischen dem 5. und 6. Februar die deutsche Grenze passiert hat. Es ist nie geklärt worden, wo er sich zwischen dem 6. und dem 18. Februar aufgehalten hat. Mit wem stand er in dieser Zeit in Verbindung? Das Gericht hat keinen Versuch gemacht, diese wichtige Frage aufzuhellen. Aus dem Briefe Kruses wissen wir nun, daß gerade in diese Zeit seine Hinzuziehung zum Komplott der Reichstagsbrandstiftung erfolgt ist. Daß van der Lubbe bei seiner Abreise aus Holland wußte, er werde im Reich zu wichtigen Dingen hinzugezogen, geht aus einer Aussage vor dem Untersuchungsrichter in Holland hervor:

Ein Zeuge hat bekundet, daß van der Lubbe vor seiner letzten Reise nach Deutschland zu Frau van Lip gesagt habe, daß er seinen Paß zum letzten Male brauche, und daß etwas Großes in Deutschland bevorstehe.

Die Mittäter und das Reichsgericht

Aus der Art und dem Umfang des Reichstagsbrandes und aus den Zeugenaussagen vor dem Reichsgericht ist allgemein die Auffassung erwachsen, daß van der Lubbe nicht der einzige Brandstifter gewesen sein kann. Es haben ihm 11 bis höchstens 14 Minuten für das Anlegen von Feuer zur Verfügung gestanden. In dieser Zeit hätte er, die Wahrheit der Aussagen in Leipzig vorausgesetzt, 167 wohlüberlegte Handlungen vornehmen müssen. Unter der Wucht der Tatsachen hat sich auch das Reichsgericht außerstande gesehen, die These aufzustellen, daß van der Lubbe allein gehandelt habe.

Wie aber die Frage der Mittäterhaft, soweit es sich nicht um die lächerliche Behauptung handelte, Kommunisten seien die Komplizen van der Lubbes gewesen, behandelt worden ist, geht aus folgendem hervor: Aus der Aussage des Reichsgerichtsrats Vogt vor Gericht wurde bekannt, daß van der Lubbe während der Voruntersuchung einmal auf eine Frage Vogts über den Brand im Plenarsaal geantwortet hat:

„Ja, das müssen die anderen getan haben.“

Diese Aussage van der Lubbes hat Vogt nicht protokollieren lassen. In vielen Aussagen van der Lubbes hat Vogt Randbemerkungen in den Akten gemacht. Das Geständnis van der Lubbes, daß er Mittäter gehabt hat, wurde von Vogt nicht einmal einer Randbemerkung gewürdigt.

Vor Gericht war van der Lubbe unter Einwirkungen, deren medizinische Untersuchung verhindert worden ist, bis auf gelegentliches unerklärtes Aufklammern apathisch. Aber am 23. November hat van der Lubbe vor Gericht ein ähnliches Eingeständnis wie vor dem Untersuchungsrichter gemacht. Als ihm der Vorsitzende sagte, es sei unmöglich, daß van der Lubbe im Plenarsaal die vielen Brandherde allein gelegt habe, antwortete van der Lubbe:

„Dann müssen die anderen...“

Das Reichsgericht ist über diese Aeußerung anfassend rasch hinweggegangen. Wichtigere waren für die Reichsrichter all die Panathen, die über die Putschisten und Torgler zusammengeredet wurden, von denen nicht eine einzige einen Wahrheitskern gehabt hat.

Dr. Sack

Warum er verhaftet wurde

Berlin, 26. Juli. (Anprek): Aus eingeweihten Kreisen erhalten wir folgenden Bericht:

Die Verhaftung des Dr. Sack, des bekannten Verteidigers im Reichstagsbrandprozeß, erfolgte wegen zu enger Beziehungen zum ermordeten Gruppenführer Ernst. Sack hat Ernst im Prozeß wegen des Judenpogroms am Rursfürstendamm 1931 verteidigt, damals schlossen sie Freundschaft, so enge Freundschaft, daß Ernst kurz vor seinem Tode ein versiegeltes Kuvert bei Dr. Sack deponierte, welches die Aufschrift trug: „Nach meinem Tode zu öffnen“. Das Kuvert der nationalsozialistischen Führer untereinander ist so groß, daß jeder von ihnen sich durch die Niederlegung von Testamenten oder Erklärungen gegen die anderen zu schützen sucht. In diesem versiegelten Kuvert befand sich eine Schilderung der Reichstagsbrandstiftung, an der Ernst aktiv teilgenommen hat. In einer Weinlaune, wie sie bei Dr. Sack nicht selten ist, hat er das Geheimnis, daß der Brief von Ernst sich in seinem Besitz befinde, preisgegeben. Am nächsten Tage wußte Göring bereits davon und am 30.

Der unterirdische Gang

SA.-Mann Kruse schreibt: Wir mußten zweimal nachts Übung abhalten und vom Präsidentenpalais durch den Kellerzugang hinführen und wieder fortteilen.“

Der Nachpfortner Odermann im Palais des Reichstagspräsidenten Göring hat ausgesagt, daß er einige Tage vor dem Brand Geräusche in dem unterirdischen Gang gehört hat. Eine Aufklärung dieser „Geräusche“ ist nicht erfolgt.

Die ersten Polizeibeamten, mit denen der Hausinspektor Seranowich Untersuchungen im brennenden Reichstag anstellte, waren Latell und Postfell. Postfell hat ausgesagt, daß Seranowich ihm gesagt habe:

„Kommen Sie mit, ich höre Geräusche im Keller.“

Postfell wurde vom Oberreichsanwalt gefragt:

Haben Sie angenommen, daß Seranowich damit zum Ausdruck bringen wollte, daß er etwas beobachtet hat.

Postfell antwortete:

„Er scheint geglaubt zu haben, daß sich unten etwas bewegt.“

Trotzdem begab sich weder der Polizeibeamte noch Seranowich sofort in den unterirdischen Gang. Das ist um so auffälliger, als der Nachpfortner Odermann kurz vor dem Reichstagsbrand den Hausinspektor von den nächtlichen Geräuschen im unterirdischen Gang informiert hatte. Durch das Zögern des Seranowich haben die Täter Zeit gehabt, etwaige Spuren ihres Tuns zu beseitigen.

Der geheimnisvolle Brandstoff

SA.-Mann Kruse berichtet: „Jeder von uns hatte einen Zellolosofack mit einem leichten Pulver darin und eine Rolle Zellolosofack.“ Der Chemiker Dr. Schab hat vor Gericht ausgesagt, daß „ein selbstentzündlicher Brandstoff“ benutzt worden. Er war aber am Brandabend nicht zugezogen. Vielmehr wurde am 28. Februar der Chemiker Vepsius, Fachmann für Brandbombe im Luftfahrtministerium, in den Reichstag beordert, um an Ort und Stelle Untersuchungen anzustellen. Diese Untersuchungen des Vepsius waren aber bezeichnenderweise viel weniger positiv als die Feststellung des Dr. Schab, obwohl dieser erst später hinzugezogen wurde. Es fällt auf, daß der Chemiker Vepsius aus dem Luftfahrtministerium Göring die Untersuchung so wenig sorgfältig vorgenommen hat und viel mehr den van der Lubbe ansah, als den Spuren des geheimnisvollen Brandstoffes nachzugehen.

Göring und Goebbels

Der SA.-Mann Kruse weist in seinem Briefe auf „gewisse Militärstellen des Reiches hin“, die über die Brandstiftung im Reichstags orientiert seien.

Der hochangesehene französische Schriftsteller Wladimir D'Ormesson hat im „Figaro“, ohne daß er den Brief Kruses kannte, behauptet, daß in den Geheimakten der Reichswehr Material liege, das die Naziführung der Brandstiftung im Reichstags überführe. („Deutsche Freiheit“, Nr. 104.)

Der SA.-Mann Kruse hat die Namen der an der Brandstiftung unmittelbar Beteiligten genannt. Neben ihr die große Öffentlichkeit unbekannt SA.-Leuten auch Ernst Röhm und Edmund Heines.

Heines hat vor Gericht jede Beteiligung an der Brandstiftung abgelehnt. Was von dem Eide eines Heines zu halten ist, braucht nicht mehr gesagt zu werden, nachdem sein Parteiführer, langjähriger Gönner und Freund Adolf Hitler vor aller Welt den Heines als einen vollkommenen Deutschen charakterisiert hat.

Röhm wurde weder in der Untersuchung noch im Prozeß vernommen. Vielleicht fürchtete man die Draufgängererei und die Burchsichtigkeit des Röhm.

Röhm und Ernst wurden erschossen. Nicht wegen ihres Komplotts, das nur eine legale Opposition gegen Abbau-maßnahmen in der SA war, sondern als die Mitwisser der Reichsregierung kompromittierender Verbrechen, von denen der Reichstagsbrand das größte ist.

SA.-Mann Kruse beschuldigt vor aller Welt die Reichsminister Göring und Goebbels.

Die leben noch, und sie haben nunmehr das Wort.

Hitler, den ich früher verehrte, sich so zeigen würde, hätte ich nie geahnt. Das war Mord und Ueberfall. Die SA.-Führer haben auf ein offenes Wort gerechnet auf den 1. Juli, im Vertrauen auf den Führer, dieser aber hat besser gekunden, die Jungen seiner Schande zu verderben. Göring und Goebbels waren die Anführer des Brandes, in ihrem Auftrage wurde alles getan und besonders Goebbels wollte alles propagandistisch aus-schlichten, daß das Volk alles glaube und dann schon ent-sprechend stimme.

Das ist die Wahrheit über alles. Verzeihen Sie mir, wenn es vielleicht etwas konfus herauskam, aber ich übernehme mich die Aufregung und der Zorn und dann verliere ich den Faden. Gott ist mein Zeuge, daß ich hier die Wahrheit ge-sprochen. Ich werde jederzeit und jeder Regierung stehen da-sir, wenn man mich schützt vor den Mörderen da draußen im so lieben armen deutschen Reich.

Mit stielter Verehrung Ihr allzeit getreuer deutscher Soldat und SA.-Mann a. D. E. Kruse.

Das ist der Brief. Näheres über die Akten, die der Ver-fasser der englischen Regierung zur Unterstützung seiner Behauptungen leihen will, ist und bis zur Stunde nicht be-kannt.

Wir geben den Brief genau in dem gleichen etwas holprigen Stil wieder, in dem er uns im Wortlaut vorliegt.

Juni erreichte seine Hand den Dr. Sack, der ihm vor Gericht mit so heikeln Bemühen verteidigt hatte.

„SA. marschert nicht mehr...“

Ein Tiroler Nazi-Lied

Unter den Tiroler Nationalsozialisten geht ein Lied um, das als Flugblatt auf den Straßen Innsbrucks verteilt wird:

Die Fahne hoch! — Die Ketten sind zerbrochen — SA. marschert nicht mehr in ruhig lestem Schritt. Kameraden, die uns Hitler meuchlings hat erschossen, Sie leben im Geist in unsern Reihen mit.

Herr Hitler hat die Hände und geschlossen — Vor unsern Sturmlokalen steht ein Reichwehrrmann — Und 100 Kameraden sind erschossen — — — — — Und diese Toten lagen lachbar an.

Die Strak ist frei von braunen Panzern, Die Strak ist frei vom Sturmabteilungsmann! Die Kameraden hier in unsern Bergen wohnen, Der Tag der Rache bricht für Hitler on!

Dann wird ein wieder zum Appell gebiesen, Zur Rache stehen alle wir bereit — — — — — Dann wehen Freudenfahnen über alle Straßen, Dann Deutschland ist von Hitler dann befreit!

Nationalsozialisten sind es, die dieses Lied singen, Natio-nalsozialisten — und Landsleute Adolf Hitlers.

Die Hintergründe der Meuchelmordserie vom 30. Juni

Erster Tatsachenbericht von einem ehemaligen SA.-Führer, der dem Gruppenstab West zugeteilt war

Es fällt mir schwer, heute gegen alles das Front zu machen, was mir bisher hoch und heilig war, aber auf Grund meines Anschauungsunterrichtes im „dritten Reich“ an verantwortlicher Stelle muß ich schonungslos den Schleier lüften, der über den Geschehnissen in Deutschland liegt. Ich muß die eigentlichen Ursachen der „Röhmrevolte“ in die Welt hinausschreien, um nicht nur den toten Kameraden die letzte Ehre, den letzten Freundschaftsdienst zu erweisen, sondern auch um dem größten Meuchelmörder aller Zeiten, Adolf Hitler, schonungslos seine Maske herunterzureißen. Brutal ehrlich reiß ich die Tatsache an Tatsache und überlasse es allen noch irgendwie anständig denkenden Menschen das Urteil über die grauenhaften Geschehnisse und deren noch viel grauenhafteren Hintergründe.

Vorgeschichte der Mordserie

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Macht in Deutschland übernahm, verfügte er über eine SA-Truppe von rund 480 000 SA- und 45 000 SS-Männern. Diese Hausmacht wurde hauptsächlich im März-April 1933 auf rund drei Millionen Mann aufgefüllt. Man hatte den größtenteils arbeitslosen Volksgenossen versprochen, daß sie Arbeit bekämen, wenn sie in die SA eintreten würden. Selbstverständlich setzte daraufhin ein Riesenaufbruch ein, denn dem Saumseligen half man nach, indem man Gerüchte austreute, es gäbe bald keine Unterstützung mehr, sondern alle Arbeitslosen sollen kaserniert und in den Arbeitsdienst u. s. w. abgeschoben werden.

Als dann Woche auf Woche verging und es keine Arbeit gab, als die Anforderungen an Beiträgen, Abzeichen, Auszeichnungen und sonstigen Aufwendungen immer höher wurden, garte es in der SA, weil die hochgespannten Erwartungen sich mehr und mehr als Seifenblasen erwiesen. Besonders erbitternd wirkte, daß diejenigen, die wirklich eine magere Stelle erwischten, sich in ihrem Realeinkommen verbleibten, weil ihnen grundsätzlich jede Mietsbeihilfe u. s. w. gestrichen wurde.

Da die SA-Männer wöchentlich bis zu viermal Dienst machen mußten und auf diese Weise körperlich außerordentlich stark beansprucht wurden, setzte Ende Juli 1933 ein sogenannter „Dienststreik“ ein, der die oberste SA-Führung veranlaßte, Mitte August einen scharfen Erlass herauszugeben, wonach derjenige, der dreimal „unentschuldig“ (d. h. nicht glaubwürdig dienstunfähig) fehlt, aus der SA gestrichen werden soll. Gleichzeitig verfügte die Herren Elitistiker, daß derjenige, der aus der SA gestrichen worden sei, nicht mehr als „national zuverlässig“ angesehen werden könne und entlassen werden solle. Und als die Bühlarbeit in der SA wohl äußerlich nachließ, aber von innen heraus Sabotage gewittert wurde, wurde die SA durch Gesetz vom 1. Dezember 1933 der Militärgerichtsbarkeit unterstellt und gemäß Paragraph 4 jeder Verstoß gegen Zucht und Ordnung als erhöht strafbare Sabotagehandlung bezeichnet.

Die Erregung in der SA nahm so durch die verschiedensten Bestrafungen (zum Teil himmelschreiende Willkürakte) trotz dieser verschärften Bestimmungen immer mehr zu. Schon im Juli 1933 erklärte z. B. der Standartenführer Wehner von der Standarte 81 in einer Führerbesprechung: „Ich bin berechtigt, jeden aus der SA an die Wand zu stellen, wenn ich es für notwendig halte“.

Die Erregung in dieser Millionenorganisation fand ganz natürlich ihren Niederschlag in den oberen SA-Dienststellen, denn jeder SA-Mann, der sich benachteiligt glaubte, versuchte seine Beschwerde unter genauer Anführung seiner Beweismittel dem höheren SA-Führer, besonders Röhm, zur Kenntnis zu bringen, weil allgemein die Ansicht verbreitet war, daß die Führung, d. h. Adolf Hitler und sein Stab, gar nichts von diesen Mißständen seiner Untergebener wüßten.

So sammelten sich in der obersten SA-Führung und in den Ober- und Gruppen-Stäben Hunderttausende von Beschwerden, wonach angeblich SA-Angehörige bei Arbeitsverteilungen übergegangen worden seien, minderwertige Elemente hierbei bevorzugt worden, daß SA-Männer zu Unrecht aus der SA geworfen worden, daß große Beträge, daß Schmiergelder, daß Mißhandlungen, daß Weineide, daß Morde, daß Gefangenenerpressungen, daß Urkundenfälschungen u. s. w. vorgekommen seien, die die Unfähigkeit dieses oder jenes Führers unter Beweis stellten. Dieses ungeheure Material wurde nun weiter von folgendem überliefert:

Durch Erlass des preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring vom 30. Oktober 1933 war die SA beauftragt worden, in alle preussischen Behörden u. s. w. Sonderbeauftragte zu entsenden, die grundsätzlich der obersten SA-Führung unterstanden. Diese Sonderbeauftragten hatten nach Paragraph 19 Ziffer b. den ausdrücklichen Befehl, den schärfsten Kampf gegen Spitzel und Provokatoren zu führen und nach Paragraph 11 alle Beamten zu bespitzeln.

Dieser Spitzelerlass vom 30. Oktober 1933 wurde in der Folge die Ursache von ungezählten Differenzen; offensichtlich kam es zu Tötungen, weil sich die in Beamtenstellungen aufgestellten Parteigenossen, die auf ihre autoritäre Machtvollkommenheiten pochten, diese unerträglichen Bespitzelungen nicht gefallen lassen wollten. So wurde zum Beispiel der Baubetriebsstellenobmann der RSDAP, Ruckow, bei Pingen a. Rh. von einem Sonderbeauftragten, einem Sturmbannführer, dieserhalb erschossen.

Die Folgen dieser Spitzeltätigkeit

zeigte sich nun in einem ungeheuren Material bei der obersten SA-Führung, der alle diese Spitzel unterstanden. Eine Unsumme von Machtüberstellungen, von Gewalttaten, von Verbrechen und Durchschereien stimmte von Woche zu Woche die SA-Führung immer bedenklicher und züchtete einen Haß gegen die Bürokratie hoch, der sich in einem erbitterten Kleinkrieg entlud. Mit fanatischem Eifer wurde von den aktivistischen Elementen eine Säuberungsaktion, die zweite Revolution, gefordert und zur Begründung dieser Forderung auf das umfangreiche Aktenmaterial verwiesen. Den Höhepunkt erreichte dieses gegenseitige Kesseltreiben Anfang 1934. Man versicherte, um die Erregung abzuschwächen, es würde eine gründliche Säuberung vorgenommen werden und die wartenden SA-Männer verdröhtete man auf die am 1. März beginnende Arbeitsschlacht, bei der u. a. die Autobahn-Herstellung herhalten mußte, um diesen verhungerten SA-Massen neue Hoffnung auf Arbeit zu machen.

Zu der Verbitterung der SA.

trug weiterhin noch folgender Umstand bei: Während die Millionenmassen der SA darboten, schweigten die SA-Führung, die besonders wegen ihrer Spitzeltätigkeit auch viele „Freunde“ aus allen Kreisen bekommen hatten, in Nachtlokalen und verdoppelten so den Sektumschlag in Deutschland. Sie fuhrten in Luxuslokalen, die ihnen zum größten Teil von ihren „Freunden“ geschenkt worden waren, bezahlten keinen Pfennig Steuer für diese teuren Wagen, weil SA-Dienstwagen steuerfrei in dem „dritten Reich“ sind, und ließen sich dazu Benzin und Öl u. s. w. von Großhandelsfirmen zuwenden, wofür dieselben glänzende Empfehlungsschreiben bekamen.

So war die Lage, als das neue Jahr 1934 anbrach. Das neue Jahr, besonders die Arbeitsschlacht, führte keine Entspannung herbei, allenfalls wuchs die Opposition gegen dieses Willkürsystem, gegen die Drohkulde totalitärer Willkür, gegen die Bespitzelung und Verhängnisbarkeit an und drohte zur offenen Revolte zu werden. Die vielen, vielen

Eingaben, die alle, um zum Erfolg zu kommen, MITT alle SA-Führer an die höchsten Stellen gelangten, weil jeder durch die Ueberreichung der Eingaben durch „verdiente SA-Führer“ der Sache mehr Nachdruck verleihen wollte, zwangen die oberen SA-Führer, daß sie so, zum Teil ohne es zu wollen, zu Vorführern der Opposition wurden. Und da bei den meisten Beschwerden so manches wahr war, zwang dieses ungeheure Tatsachenmaterial die oberste SA-Führung, gegen die Systemfehler Front zu machen. Gestützt auf die Unterlagen, trat die SA immer energischer auf, da sie sich mit vollem Recht um den Bestand des ganzen Systems sorgte. Daß der Konflikt Göring-Röhm von Tag zu Tag schärfer wurde, ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß die Sonderbeauftragten gegen Görings Nachbereich in der obersten SA-Führung ein großes Belastungsmaterial zusammengetragen hatten.

Selbstverständlich versuchten die Vorführer des autoritären Kurzes Göring, Goebbels u. s. w. die Angriffe der SA abzuwachen und als sie feststellten, daß sich alle Führer zusammenschanden, um dem „Führer“ die Unmöglichkeit eines Weiterwirkens vorzustellen, so unter Umständen im Interesse der Bewegung eine gewaltsame Lösung propagierten, da war das Signal gegeben gegen die Personen vorzugehen.

Die oberste SA-Führung

bekam Wind von den beabsichtigten Maßnahmen und vereinbarte für den 30. Juni 1934 eine SA-Führer-Besprechung und lud zu derselben Hitler ein. Man wollte ihm dort klaren Wein einschenken und ihm das gesamte Tatsachenmaterial übergeben, also Generalbericht erhalten und ihm vorstellen von diesem Kurs abzugehen. Ueber die Tragweite dieser Besprechung (d. h. daß damit der Zusammenbruch seiner Idee ihm zugestanden werden sollte) waren sich die Wenigsten klar. Man rechnete mit einem sozialiengegenkommenen Kurs mit Wegzug Straßer an der Spitze und einen größeren Einfluß der Schleicher-Hindenburggruppe.

Als Göring, Heß und Goebbels davon wieder Wind liefen, wurde die sorgfältig schon länger plazierte Bombe zum Platzen gebracht.

Das Ansameln von Material wurde als „hochverräterische Untertate“ dargestellt, die SA-Führerbesprechungen als „Komplotte“ sensationell aufgebaut und Hitler so mit „Tatsachen“ überschwemmt, daß er sich nach seiner Aufsicht unbedingt bedroht fühlen mußte.

Nun kam dazu, daß sich auch in den katholischen Kreisen die Beschwerden gestaut hatten, daß auch die Katholiken ihre „oberen“ Instanzen mit allerlei Material versorgt hatten, und ebenfalls die Unmöglichkeit einer weiteren Fortwirkerei festgestellt hatten und ihrerseits ihren Einfluß zur Abstellung der Mißstände geltend machen wollten.

Und weiter kam dazu, daß auch in der Hindenburggruppe, in dem Herrenklub als den Repräsentanten der Industrie u. s. w. weitere ungeheure Materialien über gemachte Fehler, Störungen des Wirtschaftsfriedens, Androhung von Schußhaft wegen angeblichen unsoliden Verhalten u. s. w. einliefen, so daß auch alle diese Kreise von dem System-Palastbau als „Feinde“ des unfehlbaren Führers angesehen werden mußten.

Das herrschende System zitterte vor dem so sich konzentrisch einsetzenden Angriff und blühschnell mußte nicht nur die gesamte Opposition vernichtet, sondern auch alle Mitwisser, alle Akten, alle Beschwerden, alles was irgendwie gefährlich werden konnte, von der Bildfläche verschwinden.

Aus diesem Grunde durfte diesen Vorführern keine Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben werden, aus diesem Grunde mußten sie diffamiert werden, aus diesem Grunde mußte die inhaltlose Phrase von dem obersten Gerichtsherrn herhalten: um den Bankrott, um den Zusammenbruch der ganzen nationalsozialistischen Weltanschauung zu verdecken.

Deutsche Treue

Das war sie nun: die Nacht der langen Messer!
Ein Schwwein vom andern abgekehrt!
Jetzt sind die Toten Wüstlinge und Fresser!
Allein wir fragen: Sind die Mörder besser,
Die das verhehlt?

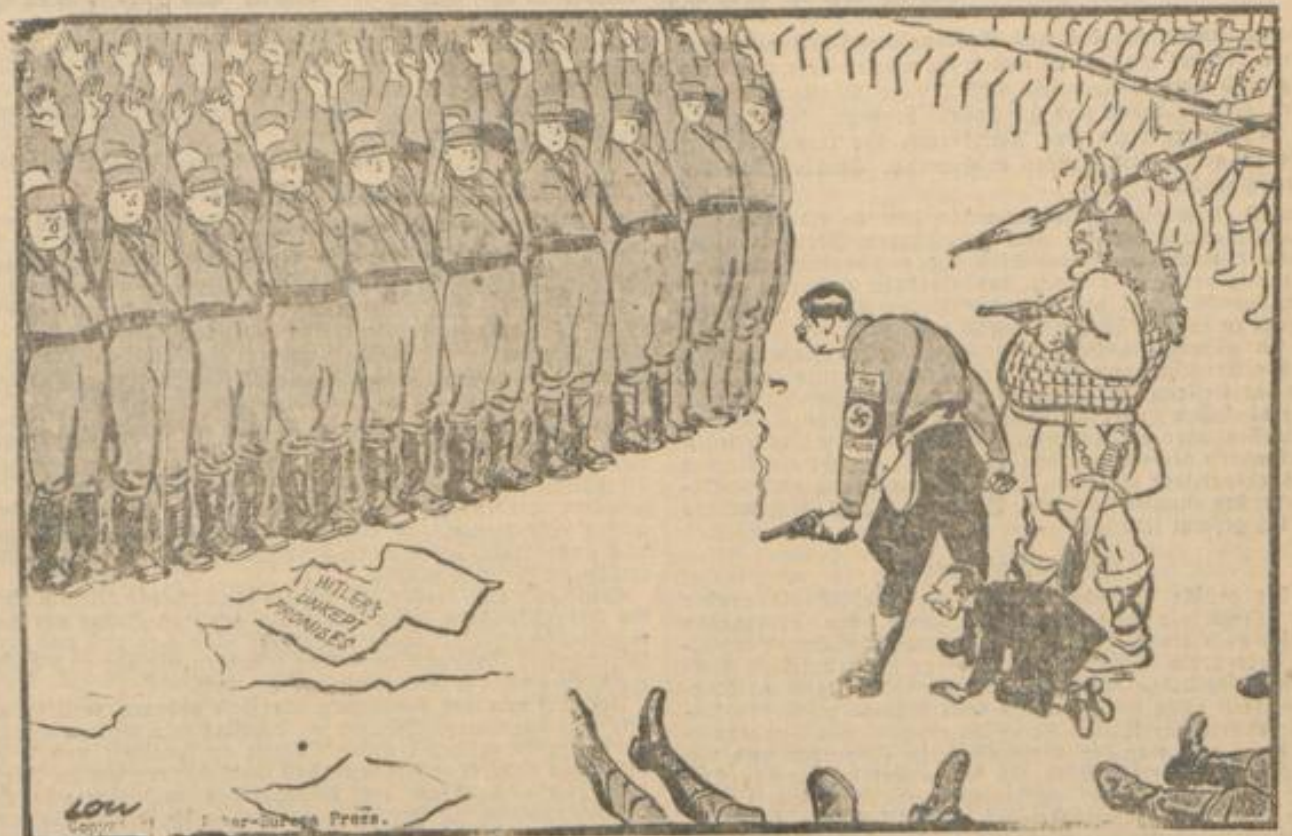
Mit Phrasen kann man keinen Staat regieren.
Ein Weilchen pumpt man wohl die Kassen leer.
Doch schließlich gibt es nichts mehr zu verlieren,
Und ehlig greift die Frage an die Nieren:
Was hinterher?

Dann stier'n sie ohne Antwort, und die Leere
Des phrasentrunkenen Hirns wird offenbar.
Der eine steht dem andern in der Quere,
Der Schwatz von Treue, Kameradschaft, Ehre
Schlingt die Gefahr.

Jetzt weiß ein jeder, daß der Freund ein Lump ist
Und zittert: kommt mein Meuchelmord zurecht?
Kein Treubruch, keine Hinterlist zu plump ist,
Und eh der ganze Laden nicht in Klump ist,
Pausiert das Recht.

Sie kennen keine Gnade, keine Reue
Sie hegt die Angst, der Jagd- und Mordinstinkt.
Sie täuschen sich mit List und Bauernschläue.
Das ganze als ein Lied von deutscher Treue
Zum Himmel stinkt!

Muckl



sie grüßen jetzt mit beiden Händen

Fememord-Justiz in den SA.

Zweiter Tatsachenbericht von einem ehemaligen SA.-Führer, der dem Gruppenstab West zugeteilt war

Die nationalsozialistische Bewegung wurde von Anfang an auf dem Fememordgedanken systematisch aufgebaut und jeder, der in die SA. eintrat, akzeptierte stillschweigend den § 11 der Organisation Consul: „Verräter verfallen der Reme“. Unter der Parole, daß das Prestige der SA. und der Bewegung um jeden Preis erhalten werden müsse, fand jeder in der SA. es als selbstverständlich, daß zwischen Licht und Dunkel die harmloseren Verräter mit einer gehörigen Abreibung und die gefährlicheren Verräter mit Todesangst eingeküchelt oder aber umgelegt wurden.

Und so wurde der sogenannten Nachrichtenabteilung (Spionage) als ganz selbstverständlich das Recht eingeräumt, dieses ungeschriebene Gesetz zu kontrollieren und nötigenfalls zu vollstrecken. Man hätte sich wohlweislich den Truppführern zur besonderen Verwendung genaue Mitteilungen zu geben, man gab einen Wink, blinzelte dem Truppführer zu, der wußte Bescheid und führte den Auftrag aus.

Aus der Praxis:

Der Führer des Nachrichtentrupps der Standarte 81 in der Sturmführer Steinbacher, Frankfurt a. M., Klugestraße 24. In seinen Händen laufen alle die Fäden wirklicher und angeblicher antisemitischer Bestrebungen zusammen. Eine sorgfältig geführte Kartei aller im Standartenbezirk Verdächtigen, eine genaue Nachweisung ihrer politischen Vergangenheit, ihre Photographien usw., befinden sich in der früheren Elisabethenschule, dem jetzigen Standartenheim Vörlensstraße. So stellt diese Kartei eine politische partiellistische Kontrollstelle etwaiger „Feinde“ des Systems dar. Die einzelnen Abteilungen umfassen Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialistische Linke, Spitzgruppen, Schwarze Reaktionen (ehemalige Mitglieder), Radikale Spitzgruppen von rechts, Juden usw.

Am 5. 8. 1933 kam der Sozialwart der Standarte 81, Rudin, mit dem ehemaligen Sozialwart Gietl zu dem Nachrichtentrupp 81 und überbrachte ein per Post bei Gietl eingelaufenes Flugblatt, in dem u. a. veröffentlicht wurde, daß in Breslau die Polizei acht SA.-Leute erschossen hätte. Sofort wurde der Kontrollapparat in Bewegung gesetzt und der Verdacht fiel auf den ehemaligen Oberleutnant Karl Haberforn, der in den Kartellen als stark rechtsradikal vermerkt war, obwohl Haberforn seit 1930 aktiv in der SA. tätig war. Haberforn führte damals den Sturm 3081 und wurde in der ganzen Standarte gefürchtet, weil er als ehemaliges Mitglied der Organisation Consul als äußerst gewalttätig bekannt war. Zudem betrieb er (aus früheren intimen Dienstleistungen in dieser Eigenschaft) einflußreiche Freunde (in der Umgebung Röhm), die ihn nötigenfalls decken konnten. Der Truppführer Rudin gab dem Sturmführer des Nachrichtentrupps Steinbacher den bekannten Wink und erklärte, daß von oben die Vereinerung Haberforns gewünscht würde, da Haberforn den Auftrag habe, den Gruppenführer, Polizeipräsident Bederle, und den Standartenführer Wehner umzuliegen, weil Bederle und Wehner den vorhergehenden Polizeipräsidenten von Frankfurt am Main General v. Westrum, durch arch angelegte Intrigen von seiner Stellung geschafft hätten. Da von dem Nachrichtentrupp die Verbindung Haberforn mit den oberen Dienststellen geklärt wurde, ging der Nachrichtentrup Steinbacher folgenden Weg:

Am 7. August wurde der Befehlsvollstättiger Robert Schillingen, SA.-Mann (früher Kommunist) von der Straße weg verhaftet, auf die Standarte 81 verbracht und dort sofort grauenvoll verprügelt und nachher mit dem Leben bedroht, indem man ihm die Revolver- und die Säure- und mit Erbschüssen bedrohte. Man warf ihm vor, hochverräterische Flugblätter hergestellt und verbreitet zu haben. Da Schillingen sich keinerlei Schuld bewußt war, beteuerte er seine Unschuld. Von neuem fielen die von dem Nachrichtentrupp gehaltenen Verdächtigungen über ihn her und schlugen ihn nieder. Schon glaubte man mit der Prozedur zu weit gegangen zu sein, da holte der Sturmführer Doll einen Eimer Wasser und schüttete ihm denselben über. Daraufhin gab Schillingen wieder schwache Lebenszeichen. Er wurde in den Keller der Elisabethenschule (dem Standartenheim) gebracht, wo man ihn

in ein dunkles Abstellraum schaffte. Dort verbrachte er volle acht Tage auf Säcken, ohne Klosett, nur ganz mangelhaft versorgt, in vollständiger Dunkelheit. Starrend vor Schmutz und Dreck, an vielen kleineren und größeren, zum Teil eitrigen Wunden entzündet, ließ man ihn am 15. August 1933 eine Stunde aus dem Keller. Im Hof der Elisabethenschule kam der Nachrichtentrupführer Steinbacher, eine stillschweigend wahrlos Verbrechenatur (Doppelgänger, auch anberlich, von Göbbels), auf den Schillingen zu, redete zu sehr freundlich an, anzugeben, von wem er den Auftrag habe, dieses Flugblatt herzustellen und ob er denn nicht „endlich“ bestimmen wolle, daß er vom Haberforn den Auftrag habe. Ihm wurde gesagt, man wolle alles und er (Schillingen) sei ein Feind, daß er das nicht gleich gesagt habe, denn er hätte seine Strafe zu gewärtigen, da er doch auf Befehl Haberforns gehandelt hätte. Er, als Untergebener Haberforns, hätte den Befehl doch ausführen müssen usw.

Der verdächtige Schillingen wollte dies anscheinende Mißverständnis aufklären und sagen, daß er ja gar nicht der Hersteller des Flugblattes sei. Auch von Haberforn seinen Befehl bekommen hätte. Da fuhr ihn Steinbacher giftig an und sagte zu ihm: „Wenn du schon wieder lägst, dann bist du in einer Stunde ein toter Mann“ und mit listigem Augenwinkeln fügte er hinzu: „Begriffst du denn nicht, daß es nur um Haberforn geht?“ Da begriff, mit geklemmtem Kopf, Schillingen und beschuldigte Haberforn und einen weiteren SA.-Führer des Hochverrats (auf dem die Todesstrafe ruht). Er erklärte eideschwörend „freiwillig“ dieses Geständnis gemacht zu haben. Dem mißbeachtlichen SA.-Führer wurde verhaftet, dem beschuldigten Schillingen gegenübergestellt und der zu Tode angeklagte Schillingen befragte die Beschuldigung. Auch der verhaftete SA.-Führer, dessen Name später noch genannt wird, wurde in Dunkelhaft verbracht und mehrfach mit Erbschüssen bedroht, wenn er nicht Haberforn beschuldige. Völlig wie der arme Schillingen, verfiel er eine doppelstimmige Erklärung und bekam das „Ehrenwort“ Steinbachers, daß er nach der Abgabe seiner Erklärung gegen Abend entlassen werden sollte, ja daß ihm eine Beförderung unbedingt sicher sei. Als der SA.-Führer auf die Sache einging und der Sturmführer Steinbacher, in dem guten Glauben einen Puppen von seinem Schlang vor sich zu haben, offen zugeand, daß es nur darauf ankäme, „gläubwürdiges“ Material gegen Haberforn in Händen zu haben, da bewirkte ihn der Kollege von der anderen Fakultät ein Herzlichte und scharte dem SA.-Führer noch einmal ein: unbedingt bei der gemachten Aussage zu bleiben, andernfalls könne er ihm Brief und Siegel geben, daß er, der „SA.-Führer“, umgelegt würde.

Gegen Abend wurde Haberforn verhaftet, d. h. nachdem der SA.-Führer ihn des Hochverrats beschuldigt hatte.

Nun erit wurde das Dreigestirn: Schillingen, Haberforn und der SA.-Führer der Geheimen Staatspolizei Frankfurt am Main übergeben. Sofort widerrief der Schillingen seine Beschuldigungen, nachdem ihm von dem SA.-Führer der ganze Sachverhalt klar gemacht worden war, und weiterhin deutete der SA.-Führer seine Beschuldigungserklärung, d. h. er wies nach, daß er eigentlich gar nichts gegen Haberforn angelegt habe und beantragte sofort eine Interdiktum des inkompetenten Flugblattes, zum Beweis, daß dasselbe überhaupt gar nicht auf dem Apparat des Schillingen hergestellt worden sei.

Und wirklich keckten die Sachverständigen einwandfrei fest, daß das Flugblatt nicht von dem Apparat Schillingens war. Weiter gelang es die Mängel zusammenzutragen, Beweismittel zu zertrümmern, so daß praktisch Schillingen und Gezellen schon nach 2 Tagen hätten entlassen werden müssen.

Aber Steinbacher gab nicht nach; denn ein freigelegener Haberforn bedeutete: „umgelegt“ zu werden. Darum häuften sie Beschwerden auf Beschwerden gegen denselben und doch kam er seinen Schützlin weiter.

Da entschloß sich der hohe Rat unter Vorsitz des Polizeipräsidenten Bederle (der angeblich umgelegt werden sollte), einen Geniepsreich gegen Haberforn zu führen. Man ent-

schloß ihn aus der Schutzhaft, schickte ihm einen Haufen „antefreunde“, die ihre „Sympathie“ ihm gegenüber ausdrücken und richtig: Haberforn ließ darauf rein, drohte diesen Kreaturen, er wolle ihnen „den Arsch aufreißen“ und nun wurde er zum zweitenmal verhaftet wegen Meuterei und Aufwiegelung (woraus auch die Todesstrafe ruht) angeklagt.

Der SA.-Führer war indessen nicht müde gewesen. Er hat in einer umfangreichen Denkschrift der obersten SA.-Führung und zugleich dem Oberreichsanwalt Haren Wien eingeschickt und ließ durch einen Verbindungsmann persönlich die Darstellung übergeben. Die oberste SA.-Führung forderte von dem Oberreichsanwalt einen Bericht an und hierer, dadurch unzufrieden geworden, versuchte durch den örtlichen Richter die Freilassung des SA.-Führers. Am 10. Wbr des 30. 11. 33 entließ man den SA.-Führer, der sofort Frankfurt verließ, um in München persönlich die unzulässigen Untersuchungsmethoden unter Beweis zu stellen. Sofort nach dem Bekanntwerden der Freilassung des SA.-Führers riefte der gesamte Nachrichtentrup in Frankfurt herum, um den mit gefährlichem Wissen besetzten SA.-Führer wieder einzufangen und dann umzuliegen. Aber der war mit dem Dienstwagen eines Arbeitslosengruppenkommandeurs auf dem Weg nach München.

Auch Haberforn war mittlerweile freigelassen worden, und in Heidelberg, vielmehr in Scharfheim. Bei einem Trupführer der SS. trafen dieselben sich und verhandelten dort wegen der weiteren Maßnahmen um diese Geistes. Es kamen überein, in München das gesamte Material der früheren Kameraden Bernhardt, der in der nächsten Umgebung des obersten SA.-Führers war, zu übergeben und unbedingt die Entlassung des Polizeipräsidenten Bederle in Frankfurt, samt seiner Kreaturen, zu verlangen. Es wurde dem Polizeipräsident Besageneummischhandlung, Erpressung, Abwehr, Attentatsversuche, Urkundenfälschungen, Meineid in der Nordische Hans-Dandwerk usw., durch Urkunden, eideschwörende Versicherungen und Jugenanreden einwandfrei nachgewiesen. Da das Material erdrückend war, wurde dasselbe dem Herrn Ministerpräsidenten Hermann Göring, dessen Untergebener der Polizeipräsident war, zugeleitet zur Stellungnahme.

Dieser tapfere Kamerad Bernhardt hat diesen Freundschaftsbrief mit seinem Leben bezahlen müssen, denn er wurde auf die wichtigste Art am 1. Juli 1934 in München in der Bekleidungsstraße verhaftet und erschossen.

Der Oberleutnant Haberforn ist ebenfalls spurlos verschwunden und der genannte SA.-Führer ging rechtzeitiger „Verheworene“ gewarnt, in einen spitzförmigen Unterstand und dann über die Grenze.

Ich verhoffe diese Angaben an Eidesstatt und bin bereit diese Angaben jederzeit vor Gericht zu bezeugen.

So sah das Material aus, das sich oben, in der SA.-Führung und in allen anderen Einfluszentren angesammelt hatte und ich bin in der Lage, mindestens 60 derartige ungeheuerliche Fälle anzugeben.

Als in Frankfurt die Nordseite bekannt wurde, verdeckten sich sowohl der Herr Polizeipräsident, wie der Herr Steinbacher und unzählige andere. Die Halbhötter glaubten ihr letztes Ständlein sei gekommen und empfanden es als ein Wunder, daß nicht die gefahrt wurden, die wirklich schuldig waren, sondern die, die aus einem leichten Neß von Gerechtigkeitgefühl gegen das System Front machen wollten.

Mit verdoppeltem Eifer widmeten sie sich nun der Verfolgung. Saneß wurden aus dem berühmten Kartell etwa 300 (von allen Sorten) herausgegriffen und so die Frankfurter „eiserne Gerechtigkeit“ erneut unter Beweis gestellt.

Und am 2. 7. 1934 schickte der so schwer beladete Polizeipräsident von Frankfurt dem „obersten Richter“ ein Dankesgramm und verbriefte seine Ergebenheit. Kein Wunder, daß beladene Material in Sicherheit, die Mitwisser zum Teil entsetzt und der Zusammenbruch wieder mal auf einige Monate hinausgeschoben.

Aus des „dritten Reiches“ Alltag

Ein Sturmführer erzählt

Täglich finden sich bei uns Nationalsozialisten aus dem „dritten Reich“ ein, die entweder für immer oder nur vorübergehend dem Völkerrache und seinem Blutkangler den Rücken gefehrt haben und die darauf brennen, den Bewohnern des Saargebietes eine Schilderung der traurigen Zustände zu geben. Ein gestern erschienener Sturmführer berichtet folgendes:

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich schreibe als aller ehemaliger Nationalsozialist und SA.-Führer. Mein einstiger intensiver Kampf um den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung erliegt mit heute, insbesondere nach den Ereignissen des 30. Juni die Pflicht auf, den Kampf gegen die Männer zu führen, hinter denen so viele prächtige Ideale einst in gläubigem Vertrauen marschierten. Ueberwältigt von der Erschütterung der letzten Ereignisse und enttäuscht durch das tiefertragende Ergebnis eines so langen opferreichen Kampfes stehen heute unzählige viele Brüden im Reich unentschieden, aber daß erbitterter Abneigung den irrsinnigen Machthabern gegenüber. Es ist unwar, daß nur ein kleiner Preis erbeigender Wesellen der Reichsregierung und insbesondere den ungeschwäglichen Methoden ihres Regiments feindlich gesinnt sein soll.

Wahr ist vielmehr,

daß der größte Teil des Volkes, einschließlich ein großer Teil ehemaliger und bester SA.-Leute, den dringenden Wunsch nach einer Veränderung der unersättlichen Verhältnisse äußert. Es ist nur bezeichnend für die beispiellose Verbreitung des Spitzel- und Denunziantentums, wenn die überall und auf allen Gebieten ins unermessliche wachsende Unzufriedenheit nur stützend und bei geschlossenen Türen — und dann auch nur den verlässlichen Freunden und Bekannten — mitgeteilt wird. Es sei darum hier meine Aufgabe, ein offenes Wort zu sprechen, um den Saarländern einen absolut wahrheitsgetreuen Einblick in die wirklichen Verhältnisse im Reich zu geben.

Wenn man vom Reich nach Saarbrücken herein kommt, ist es interessant zu beobachten, wie sich die Zeitsunden der verschiedenen Fronten gegenseitig der solchen Verlogenheit bezichtigen. Auf der einen Seite unternimmt man fortwährend „Griffe“ in die Lügenklisse der Separatistenpresse“, um

seine Mitläufer mit solchen Griffen auch gleichzeitig gegen gefährliche Wächterheiten aus der „Separatistenpresse“ zu immunisieren. Auf der anderen Seite wirkt man der gleichgeschalteten Presse ganz allgemein vor, daß sie kein wahres Wort herausbringe.

Darum steht nun der bedauerndwerte Leser mit seinem Wunsch nach Wahrheit und Klarheit.

Fast könnte man belustigt sein über die kläffige Handbewegung und die leichtsinnige Fronte, mit der die gesamte Presse der „deutschen Front“ um die wahrhaft katastrophalen Verhältnisse im Reich herumredet, wenn man nicht die tiefe Tragik begriffe, die angelastet dieser Tatsache alle diejenigen erfüllen muß, die wahrhaft eheich die Wahrheit zu erfahren wünschen, um am 13. Januar mit gutem Gewissen ihre Entscheidung zu treffen. Daß diese Entscheidung eine eindeutige deutsche sein wird, ist wohl ohne Bedenken offenbar. Allein es geht am 13. Januar um die Entscheidung für oder wider den Nationalsozialismus; und aus diesem Grunde sollte mit einer fortwährenden Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse im nationalsozialistischen Reich nicht zurückgehalten werden. Ich selbst habe lange Zeit um der „Sache“ willen geschwiegen, sog mich als Sturmführer der SA. zurück und schweig, auch wenn beste Menschen um der „Sache“ willen zu Grunde gingen.

Neue führe ich weder als Kritiker noch als Riedmacher die Feder, sondern lediglich aus tief innerer Sorge um das Schicksal so vieler prächtiger deutscher Menschen und aus dem Wunsch, das Saargebiet vor einer schweren Gefahr und einer ungeheuerlichen Enttäuschung zu warnen.

Ich darf mir das Recht zum Schreiben nehmen, weil ich es mir einst im Kampf Schulter an Schulter mit meinen Kameraden im Braunehemd unter Opfern an Freiheit und Blut erworben habe. Der Umstand, daß man, bevornt um die Freiheit und Gesundheit der Angehörigen und Freunde im Reich, anstatt zu schreiben gezwungen ist, dürfte einermachen den Terrorismus von drüben kennzeichnen. Nicht aus Furcht und Sorge um meine Person verweigere ich meinen Namen, inwfern allein aus der Gerechtigkeit.

Daß Angehörige und Freunde im Konzentrationslager oder in sonst einer Gefängniszelle für die Verbreitung der Wahrheit durch mich zu lähen hätten!

Ich weiß, daß man in der „deutschen Front“ gegen solche Behauptung wie gegen eine Grenzbeise aufbegehren wird. Aber das geschieht nur noch hier im Saargebiet; im Reich schweigt man schon beim Bekanntwerden immer neuer Fälle,

sieht sich stumm an

und hofft nur selbst angeschlossen durchzukommen (was für unheimliche Menschen außer Schwere ist). Warum ich nicht im Reich spreche? Es gibt hier in der Tat noch Leute, die so fragen und die damit beweisen, wie fremd sie der braunen Wirklichkeit gegenüberstehen. Jenen darf ich aber erwidern, daß ich als Nationalsozialist einst die Gefangeniszelle gespürt habe und ich es meinen ehemaligen Gefährten ersparen möchte, mich nun von ihnen selbst hineinzuweisen zu lassen. Und außerdem: in meiner damaligen Haft wurde ich beständig behandelt, während man heute von sadistischem Gemüdel es sich gefallen lassen muß, übel zugerichtet zu werden. Wir sind etliche ganz

konkrete Fälle

bekannt! Nicht allein unpolitische Zivilpersonen oder Reaktionsäre, sondern selbst SA.-Leute werden solcher „Ausbreitung der bösen Geister“ unterzogen. Diese Dinge sind alltäglich und können jeden Tag jedem einzelnen passieren, der sich nicht auf genug auf eine übertragene Vorsicht verheißt. Die fast täglichen Sammlungen erregen schon längst größten Unfrieden. Das an „freiwilligen“ Spenden verlangt wird, kommt einer ungeheuren Steuererhöhung gleich. Als solche werden diese Spenden selbst schon von einseitigsten Vas. bedrückend empfunden. Der Spende zu entgegen ist größtenteils unmöglich. Wir ist bekannt, daß ein alter Mann, der in unbeschreiblich frecher Weise zum Geben aufgefordert wurde und der deshalb seine Belagerung ausprobiert, wenige Augenblicke später in Haft abgeführt und elend zugerichtet wurde! Außerdem ist mir bekannt, daß eine schwer arbeitende Frau auf ein winziges Sonntagsergebnis verzichten mußte, weil sie aus Mangel vor der „Lüge“ am Moran die letzten Groschen in die Sammelbüchse drohender SA.-Leute geworfen hatte. Dieser letzte Fall sei nur zur Demonstration der allgemeinen Verdrängung angeführt. Es ist wirklich so weit, daß die Leute gezwungen sind, den Herren Vas. und SA.-Leuten gegenüber ein freundlich wohlwollendes Gesicht zu zeigen,

um nicht in den Verdacht zu geraten, ein „Volkseind“ zu sein!

Das ist die Freiheit!

Allerdings eine Freiheit, wie sie viele alte Mitkämpfer, die heute längst nicht mehr im Braunehemd stehen, nicht gehabt haben. Freiheit und Brot! Wo das Brot gegeben wird konnte das Volk am 30. Juni erfahren. Mit verhaltenem Groll sehen die unzähligen Betrogenen die elegantesten

Macht Hitler unschädlich!

Die Forderung der blutdrohenden Schicksalsstunde an alle Europäer

„Behalten, denen schuldlos Blut klebt an den Henkershänden!“

Vor dem Leichnam des von Nationalsozialisten zu Tode gemarterten österreichischen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß vergessen und beschönigen wir nichts.

Als wir am Rundfunk die Reden der österreichischen Minister hörten, in denen die Aufregungen des 25. Juli zitterten und über denen die Sorgen einer gefährlichen schweren Zukunft lagen, dachten wir an unseren Koloman Ballisch und an die Kameraden, die mit ihm durch Standrecht starben. Dollfuß und seine Minister haben die Todesurteile zu verantworten.

Wir dachten an alle Kämpfer und Kämpferinnen des 12. Februar in den Kerkern und in der Emigration draußen und drin in Oesterreich. Es waren und sind Männer, die den evolutionären Aufstieg der von ihnen geführten Arbeiterklasse gewaltsamen Kämpfen vorzogen. Bis zuletzt haben sie dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß die friedliche Verständigung angeboten. Er aber und seine Umgebung lebten in dem verhängnisvollen Irrtum, der die gesamte Welt chaotischen Zuständen entgegenzutreiben droht. Sie verweigern diesem wundervoll disziplinierten, diesem von hohem Kulturstreben erfüllten deutsch-österreichischen Arbeiterum die Gleichberechtigung im Staate. Nur so konnte es zu der Erhebung des 12. Februar kommen. Die Schutzbündler verteidigten mit bewaffneter Hand die Befehle des Landes und die beschworenen Freiheiten des Volkes gegen eine Bundesregierung, die eidbrüchig und gescheit geworden war. Auf der Seite des Schutzbundes war der verfassungsmäßige Staat, auf der von Dollfuß die verfassungsmäßige Ururpation.

So ist es in den Monaten seither geblieben. Daran wird nichts durch das Ereignis geändert, daß unter dem Segen der politisierten Kirche dem österreichischen Volke eine Verfassung aufgezwungen wurde, die mit den Worten beginnt: „Im Namen des allmächtigen Gottes.“

Der österreichische Austrofaschismus machte einen gemächlichen Grund für sich geltend: den mit anarchischen Mitteln arbeitenden reichsdeutschen Nationalsozialismus, der dessen Totalitätsanspruch auf die Staatsführung, also die volle Entrenchung aller politischen Gegner und den unmittelbaren Anschluß an Deutschland unter Bruch aller Verträge und damit unter unmittelbarer Kriegsgefahr forderte. Statt das taktische Bündnis mit dem demokratischen Sozialismus zur Rettung des Landes und des Friedens zu suchen, führten Dollfuß und die Seinen den Zweifrontenkampf. Die Folgen sind unabsehbar.

Der österreichische Nationalsozialismus, lediglich eine Filiale des deutschen und protegiert und finanziert und mit Waffen versehen von amtlichen reichsdeutschen Stellen hat seinen Kampf für die Eroberung der totalen Staatsmacht mit den Mitteln fortgesetzt, die der Parteiführer und Reichskanzler seit anderthalb Jahrzehnten vorgelehrt und vorgelebt hat: mit Terror und mit Mord. Der schlagartige Ueberfall auf die Bundesregierung, die Ermordung von Dollfuß und das Hingelachten weiterer noch unbekannter Opfer ist genau nach dem Vorbild erfolgt, das der deutsche Reichskanzler und Parteichef am 30. Juni seinen besessenen Gläubigen in aller Welt gegeben hat. Nicht einmal die Verweigerung der ärztlichen Hilfe und des priesterlichen Beistandes an den Katholiken Dollfuß fehlt. Genau wie bei Klausener und Probst. Nur die Einäscherung des Ermordeten war den Nationalsozialisten nicht mehr möglich.

Die deutsche Reichsregierung ist trotzdem an allem unschuldig. Es liegen reihenweise Aktelegatramme aus Berlin vor. Allerdings sind sie sämtlich erst nach dem Niederlagen des Aufstandes verfaßt. Solange der Machtkampf in Oesterreich gestern unklar blieb, überschüttete der deutsche Rundfunk die Welt mit unvorherholenen Sympathie- und Solidaritätsklagen für das angeblich sich erhebende österreichische „Volk“.

In den letzten Tagen sind Sprengstoffe und Sprengkörper zentrierweise nach Oesterreich geschmuggelt worden. Dafür liegt das amtliche Zeugnis der Sankt-Gallischen Kantonspolizei vor. Es sind in Deutschland lebende österreichische Legionäre beim Transitgeschmuggel von Sprengstoff durch die Schweiz nach Oesterreich verhaftet worden. Sie haben angegeben, daß die Sprengstoffe aus den Magazinen der SA-Leitung in Lindau stammen und daß sie die Sprengstoffe in direktem Auftrag des dortigen SA-Kommandos durch die Schweiz nach Oesterreich bringen sollten. Die Sprengstoffe tragen amtliche deutsche Bezeichnungen. Wer die hervorragende Bedeutung der nationalsozialistischen Gauleiter im Aufbau der Partei und im deutschen Staatsleben kennt, wird nicht daran zweifeln können, daß die Führung der deutschen Regierungspartei und die Führung des deutschen Reiches an diesen Sprengstofflieferungen unter sehr unvorsichtiger Tarnung beteiligt sind. Das ist auch die Auffassung der österreichischen und der schweizerischen Presse. Eine Demarche des schweizerischen Bundesrats „angesichts des aktenmäßigen Beweises“ steht bevor.

Inzwischen hat dieser Mittwoch in Wien die Gefahren in Europa ins Riesenhafte erhoben. In Oesterreich beharren sich alle außenpolitischen Probleme unseres Erdteils. Rings um dieses kleine Land gruppieren sich die Fragen der Revision des Vertragswerks am Ende des Weltkrieges. Die staatlichen Erben der habsburgischen Monarchie außerhalb des engen Deutsch-Oesterreich wachen über ihre Grenzen und sind vor allem entschlossen, jede machtpolitische Verbindung zwischen Oesterreich und dem „dritten Reich“ zu verhindern. Ein Sieg des Nationalsozialismus in Wien würde den Vormarsch der italienischen Truppen über den Brenner bedeuten und ebensowenig die Tschechoslowakei unbeteiligt lassen. Italien, England und Frankreich haben sich in der klaren Erkenntnis der furchtbaren Möglichkeiten, die in dem österreichischen Problem schlummern, schützend vor

die Selbständigkeit Oesterreichs gestellt und sind wiederholt mahnend in Berlin vorstellig geworden. Die österreichische Regierung hat mehrfach erwogen, gegen die reichsdeutschen Einmischungen durch die Gewalttaten der Nationalsozialisten den Völkerbund anzurufen. Noch in den letzten Tagen kamen solche Meldungen. Auch wurde von dem Plan einer gemeinsamen Demarche der Mächte in Berlin geredet. Geschehen ist bisher nichts. Europa hat Furcht vor Entscheidungen, die es immer wieder aufschiebt, und es erreicht damit nur, daß die Konflikte, die es beschwören will, immer unlösbare werden und Explosionen näher rücken. Die europäischen Regierungen, in liberalen Grundfäden denkend und nach parlamentarischen Methoden mit zivilisiertem Verhandeln und mit dem Willen zum Ausgleich arbeitend, scheinen den deutschen Nationalsozialismus nicht begreifen zu können. Ob dieses Begreifen in letzter Stunde noch möglich ist, darin liegt das Schicksal über Frieden und Krieg in Europa, über Leben und Sterben von vielen Millionen Menschen.

Der deutsche Nationalsozialismus, seine Führer und seine Soldaten, lassen sich in eine Gemeinschaft von Kulturnationen nicht eingliedern. Die europäischen Diplomaten träumen von Unmöglichkeiten. Der deutsche Nationalsozialismus kennt nur ein Recht: sich. Er kennt nur ein Mittel: die Gewalt. Er hat nur ein Ziel: die Machtbehauptung um jeden Preis.

Er ist weder zu vergleichen mit dem reformistischen demokratischen Sozialismus, der seinen Klassenkampf mit leuchtenden Humanitätsidealen verklärt, noch mit dem revolutionären proletarischen Kommunismus, der seine Klassendiktatur nur mit dem Ziele einer höheren und in der Idee friedlichen Menschheitskultur proklamiert.

Noch nicht einmal auf das gewiß tiefe Niveau des brutalen und kulturlosen Faschismus Italiens läßt sich der deutsche Nationalsozialismus hinaufschrauben. In Italien mag man immerhin mit den Problemen des Korporationsstaates ringen. In Deutschland hat der Nationalsozialismus alle sozialen Ansprüche, so verworren sie gemessen sein mögen, mit denen er einst aufgetreten ist, in Blutlumpfen untergehen lassen. Er ist in Wahrheit jetzt schon anarchisch, nur noch fähig zur Ausrüstung von Gewalttaten, mit denen er seine Gegner niederhält. Er ist ohne inner- und außenpolitische Konstruktion. So ist er zerstörendes Dynamit inmitten Europas.

Die größten Lumpen leben Kube über Röhms am 30. Juni und am 8. Juli

Die „Husumer Nachrichten“ veröffentlichten am 30. Juni einen Artikel von Wilhelm Kube, Gauleiter der Kurmark, unter dem Titel: „Die Partei formt den Staat.“ In diesem Artikel, in dem er sich mit den Bürokraten auseinandersetzt, die das Aufbauwerk der Nationalsozialisten zu sabotieren versuchten, verweist Kube auf die Stärke der Partei und fährt dann fort:

Erreulich ist es, daß die revolutionären Männer im engsten Kade des Führers sitzen: Rudolf Heß, Ernst Röhm, Hermann Göring, Joseph Goebbels, Walter Darré und Robert Len. Dazu die Gauleiter, Obergruppenführer und Gruppenführer. Diese Männer halten mit eiserner Treue dem geliebten Führer die Formationen der Partei intakt zur Verfügung. Das ist Deutschlands Kern, das Fundament des Dritten Reiches und seiner kommenden Vollkommenheit. Es wäre Irren, in die Treue dieser Eisenreiter Hitlers Zweifel zu legen.

So Kube am 30. Juni in den „Husumer Nachrichten“, die in der Kopfleiste noch stolz den Vermerk tragen: „Nicht vordatiert“. Als der Artikel an die Leser kam, hatte unter „Deutschlands Kern“ bereits Hitlers Nordkommando gewütet und der Eisenreiter Röhms war nicht mehr.

Aber Kube blieb leben, und er zögerte nicht, den Kameradenmord Hitlers schnellstens öffentlich zu feiern. Am 8. Juli veröffentlichte die „Westfälische Landeszeitung“ in Dortmund einen neuen Artikel von Kube: „Der Führer und seine SA.“ Darin schwelgt er eine Spalte lang in Erinnerungen an die „große Zeit“ der SA, als sie vor der Machtergreifung Hitlers mit der „roten Meute“ und mit Seering's Polizei kämpfte:

„Das war, das ist Adolf Hitlers SA.“ ... Gerade weil wir den Führer lieben, achten und ehren wie seine SA, die nichts mit Lumpen wie Röhm, Ernst und Heines zu tun hat. Wehe dem, der jetzt glaubt, an der SA Adolf Hitlers sein Mäuschen kühlen zu dürfen!

Unglaubliche Gerüchte

Wie die „Westdeutsche Landeszeitung“ berichtet, wurde vor einigen Tagen ein Hugo Korth aus Bielefeld, der in einer Jugendbergaue ungläubliche Gerüchte über den Reichsjugendführer Baldur von Schirach, den Bielefelder Oberbannführer und ein tödlich verunglücktes Parteimitglied verbreitet hatte, von der Wehseimen Staatspolizei in Schußhaft genommen. Seine Ueberführung in ein Konzentrationslager stehe in Aussicht. Im Anschluß an den Vorfall warnt der Oberbannführer Winden-Ravensberg vor der Verbreitung unwahrer Gerüchte über die SA und ihre Führer. Die SA werde mit den schärfsten Maßnahmen gegen alle Verleumder zu Felde ziehen.

„Verleumder“ — das sind die Leute, die die Wahrheit sagen.

„Macht Hitler unschädlich!“ Wir denken nicht an sein Leben, über das einmal das deutsche Volk durch freie Richter hart zu Gericht sitzen wird. Persönlich ist der deutsche Reichskanzler jetzt nur von Männern bedroht, die durch seine Mörderkugeln gegangen sind.

„Macht Hitler unschädlich!“ Wir fordern die Entmachtung einer anarchischen Systemlosigkeit, die das Verbrechen zur Staatsmoral, das Banditentum zur Staatsführung erhoben hat.

„Macht Hitler unschädlich!“ Unser Ruf ergeht an alle im Reiche, die lebend geworden sind. Die Verbindung aller Kräfte in Deutschland ist notwendig, die gewillt und fähig sind, die heranziehende Katastrophe durch das Werk sozialistischen Aufbaus und nationaler Disziplin aufzuhalten.

„Macht Hitler unschädlich!“ Es ist nicht die Aufgabe des in tausend Fesseln liegenden deutschen Volkes allein, das längst in seiner großen Mehrheit mit Hitler gebrochen hat. Im zwanzigsten Jahrhundert führt kein Volk ein isoliertes Leben. Das deutsche Problem ist eine europäische Schicksalsfrage. Europa muß erwachen. Seine bedrohten Völker müssen sprechen.

„Macht Hitler unschädlich!“ Nicht durch einen Interventionskrieg. Aber Europa muß den Ball von Lügen durchstoßen, den Hitler zwischen der deutschen Nation und der Welt aufgerichtet hat. Europa hat die Pflicht, dem deutschen Volke durch Taten zu zeigen und zu beweisen, daß es mit einem für jedes europäischen Staatensystem unmöglichen Regime klar und deutlich bricht. Die europäische Achtung Hitlers und seiner blutigen Soldaten durch die Kulturwelt ist notwendig, wenn diese Welt selbst sich retten will.

Auf den Tag zwanzig Jahre nach dem Ausbruch des österreichisch-serbischen Krieges durch Oesterreichs ultimative Politik haben wir die neue Bedrohung Europas erlebt.

Zwanzig Jahre Weltkrieg mit allen seinen krisenhaften Folgen liegen hinter uns. Soll nun das dritte Jahrzehnt kriegerisch anbrechen?

Die Antwort auf diese Frage ist so drohend wie drängend. Europa hat keine Zeit zu verlieren. Seine Völker müssen fordern. Seine Regierungen müssen handeln.

Wir rufen um Deutschlands willen.

Oberster SA-Führer ist Adolf Hitler selbst. Und Adolf Hitler führt Ehrenmänner, die reaktionäres Geschmeiß, das da glaubt, der Führer ließe seine Kameraden im Stich, weil einige Lumpen die Ehre der SA ausschänden suchten.

Der Führer hat am 30. Juni das Reich und den Nationalsozialismus gerettet. Ich bekam am Freitag, dem 29. Juni, gegen 8.45 Uhr aus Godesberg vom Führer den Befehl, am 30. Juni um 11 Uhr vormittags in Wiessee am Tegernsee zu sein, um zur Verfügung des Führers zu stehen. Mit dem Schlafwagen schnellzug erreichte ich München rechtzeitig. Ein Zugend hoher SA-Führer und Verschwörer waren im Zuge und wunderten sich über die Mitfahrt eines der von ihnen gehähten Gauleiter. 25 Kilometer hinter München traf ich den von Wiessee kommenden Führer. Meldung: „Gauleiter, SA-Gruppenführer Kube zum Dienst beim Führer!“ Kurzer Händedruck. Stahlhart der Blick des Führers. Zwei Obergruppenführer und mein persönlicher Referent (Hühler) (Mitgliedsnummer 694) waren in meinem Wagen. Alle durften passieren. Dann kamen die ersten Verschwörerwagen. Adolf Hitler griff sich die Lande- und Hochverräter sämtlich persönlich. Es wird uns allen ein unvergeßliches Erlebnis bleiben, den geliebten Führer als ersten, tapfersten und größten Aktivisten handeln zu sehen.

Die alte SA — nicht der Röhmsche Wechselball mit seinen Konjunkturhänden! — bleibt ein Kernstück der Bewegung. Stand die SA zur Zeit des Severingschen Gummiknüppels neben uns, so stehen wir von der SA in Zeiten Röhmscher Gemeinheiten neben der SA. Kameradschaft wird in der Not gehärtet. Darum mit Joseph Goebbels:

Der Furcht so fern, dem Tod so nah!
Heil dir, SA!

So Kube am 8. Juli über den „Eisenreiter“ Röhms vom 30. Juni. Und dieser Lump lebt weiter, eng verbündet mit dem „Führer“. Kube hat recht, Hitler führt „Ehrenmänner“.

Auch Ausländer sterilisiert

Eine deutsche Gerichtsentscheidung

Berlin, 26. Juli. Das Gesetz über die Zwangssterilisation (Unfruchtbarmachung) ist auch auf Ausländer anwendbar, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Diese Entscheidung hat der Reichsbund getroffen, der es dann festzustellen hat, an wem die Unfruchtbarmachung gesetzlich durchgeführt werden muß. In einem vom preussischen Justizministerium hierzu veröffentlichten Kommentar heißt es, diese Entscheidung entspreche durchaus der Tatsache, daß alle in Deutschland lebenden Ausländer den deutschen Gesetzen unterworfen seien. Es hat dann allerdings hinzugefügt, daß es Ausländern, die sich der Zwangssterilisation nicht unterziehen, anheimstelle, Deutschland zu verlassen.

Deutsches „Recht“

Politische Bonzen sind immun

Im NSR-Sonderdienst „Das Deutsche Recht“ finden wir einen Artikel, der sich mit dem Begriff der Rechtsfreiheit beschäftigt. In dem Artikel heißt es u. a., man habe früher unter Rechtsfreiheit die Normen und Formeln verstanden, die den einzelnen gegen Ausbeutung und Uebervorteilung schützen sollten, die aber auch diesen einzelnen vor den Nachteilen zu bewahren hätten, die ihm aus eigener Unzulänglichkeit, aus selbstverschuldeter wirtschaftlicher und charakterlicher Schwäche erwüchsen. Heute „Rechtsfreiheit“ sei also in Wirklichkeit nichts anderes gewesen als ein Drahtgitter um den Garten des wohlhablichen Staatsbürgers. Heute sei in gewissen Kreisen, die nicht vergessen können, sehr viel Gefahr um Rechtsfreiheit. Man glaube dort, daß die Rechtsgeltung des nationalsozialistischen Reiches „Verwürgungen“ in die Rechtsfreiheit bringe. Solche Kreise, so bemerkt die NSR, hätten nicht gemerkt, daß sich im Denken des deutschen Volkes inzwischen ein Umwandlungsprozess vollzogen habe, daß das deutsche Volk zwar noch wie vor das Recht des einzelnen Volksgenossen respektiere, es in seinen Auswirkungen aber in den Rahmen des höheren Rechts einspanne, das der Gemeinschaft des ganzen Volkes zuzumme. Dann heißt es wörtlich:

„Die Rechtsfreiheit des neuen nationalsozialistischen Staates ist, das sei hier mit Schärfe betont, immer und zu allererst die Rechtsfreiheit der Volksgemeinschaft.“

Was dem Volke nützt, ist Recht, was dem Volke schadet, Unrecht, und wenn tausend falsch verstandene „Rechtsansprüche“ des einzelnen dadurch nicht befriedigt werden können.

Denn wir sind zuerst für das Volk und die Gemeinschaft verpflichtet. Nur wenn unter persönliches Interesse gleichläuft mit dem Interesse des Volkes, kann dieses persönliche Interesse einen Rechtsanspruch begründen.“

In derselben Nummer der NSR wird ein Artikel zum Ausdruck gebracht, den Landrichter Dr. H. Schwabe im neuesten Heft der „Juristischen Wochenschrift“ veröffentlicht. Dieser Artikel beschäftigt sich mit den Klageanträgen gegen politische Richter, mit denen immer wieder die deutschen Gerichte behaftet werden. Dr. Schwabe stellt die Unzulänglichkeit des Rechtsweges gegenüber politischen Entscheidungen fest und weist darauf hin, daß das Verhältnis zwischen Staat und nationalsozialistischer Bewegung eine völlig neue vollenrechtliche Problemreihe eröffnet habe.

Mit aller Deutlichkeit wird festgestellt, daß den Gerichten heute keinerlei Möglichkeit mehr gegeben sei, unter dem Vorwand, daß es sich um reine Rechtsfragen handle, in die der Staatsführung vorgelegene politische Sphäre einzubringen und deren politische Entscheidungen nachzuprüfen oder zu durchkreuzen.

Im neuen Staat sollte der Grundgesetz selbstverständlich sein, daß sich die Gerichte unter keinen wie immer gearteten Vorwand in die politischen Entscheidungen der Parteiorganisation einmischen, und deren Führerprinzip von außen durchbrechen dürften. Man könne dabei nicht anerkennen, daß dieses Nichteinmischen nur auf die „inneren“ Fragen und Entscheidungen der Parteiorganisation begrenzt sei. Sondern genommen werde es derartige rein „innere“ Entscheidungen, die nur die Organisation der Partei betreffen, nach der Machtübernahme durch die Bewegung überhaupt nicht mehr. Es werde der Gesagte vorbehalten sein, die Abgrenzung der verschiedenen Wirkungsbereiche zu sichern, daß Zweifelstände nicht entstehen könnten. Daher würden die Gerichte auf daran tun, die Zulässigkeit des Rechtsweges in allen den Fällen zu vermeiden, wo sie mit ihren Urteilen in die Sphäre der politischen, von den verantwortlichen Parteiführern gefällten Entscheidungen vorstoßen würden.

Vor dem Schafott

Abschiedsbriefe eines „Untermenschen“

(Inpreß.) Am Samstag vor Pfingsten, dem 19. Mai n. J., wurden in Hamburg die von Hitlers Blutjustiz zum Tode verurteilten Dettmer, Fischer, Schmidt und Wehrenberg enthauptet.

In kommunistischen Zeitungen werden die erschütternden Abschiedsbriefe Hermann Fischers veröffentlicht.

Der Brief an seine Kinder lautet:

Liebe Edith und Egon,
Wenn Ihr lieben Väter, bin ich schon lange von Euch und Eurer lieben Mutter fort. Darum beherzigt, was ich Euch in meinen letzten Stunden zu sagen habe.
Klein wart Ihr, als ich Euch verlassen habe und Eure liebe Mutter Euch gehegt und gepflegt hat, darum seid lieb und gut, haltet zusammen in Freund und Leid. Laßt Eure liebe Mutter niemals im Stich, macht ihr den Lebensabend freudig und sonnen. Keine bessere Mutter gab es als Eure, die ihre ganze Kraft Euch gewidmet. Mein Schicksal werdet Ihr von Eurer Mutter erfahren. Es läßt Euch Euer Vater, erfüllt seinen Wunsch, und Freunde werdet Ihr haben im Leben. Euer Vater.
Meinen lieben Kindern Edith und Egon als letztes Vermächtnis. Hermann Fischer

Der Brief an seine Frau:

Liebe Denny,
Meinen letzten Dank sage ich dir für die Jahre, welche du mir mit deiner Person geschenkt hast, glückliche Jahre, die ich an deiner Seite verleben durfte, gemeinsam haben wir der Freude und Leid erleben dürfen. Stolz bin ich darauf, dieses Leben zu haben. Dank sage ich dir für deine Liebe; bedenke, die hast genau ich, dieses mit Mut zu tragen. Alles schwer wiegen Worte, um das Glück kundzutun, welches du mir, Egon und Edith gegeben hast, aber ich weiß, daß du es verstehen mußt, hat doch das letzte Verlangen, meine letzte Liebe habe ich mit Mut erfüllt, mein letztes Gange in deinem Gedanken zu geben. Meine ganzen Wünsche besaßen dich auf deinen ferneren Weg, es habe dir Kraft, den Kindern ihren Lebensweg zu ebnen, auf daß sie einst ebenso glücklich ihr Leben gestalten können wie wir es getan haben. Liebe Denny, noch einmal bekam ich mein großes Glück, welches du mir gabst. Ich werde mir nichts vor, was ich tat, verantworte ich mit dem höchsten, was ich habe, mit meinem Leben. Möge ich auch einst das Glück kommen, für das ich sterbe. Möge ich die volle, die Fülle wird leben, frohlich und stark. Alle die vor mir den letzten Weg gegangen sind, sind ihr als Mann gegangen. Das selbe werde auch ich tun. Möge ewig der Kommunismus stehen zum Heil der gesamten Menschheit. Eine Idee, welche die Einigkeit, die Liebe und die höchsten Ziele der gesamten Arbeiterklasse mit ihrem Blute erkaufte, wird elendig durch Verwirklichung auf dem augenblicklichen Erdball gelangen. Für dich und den Kindern mein letztes Lebe Wohl.
Allen Freunden und Genossen, allen rufe ich ein letztes „Auf Wiedersehen“ zu.

Das Martyrium Erich Mühsams

Die Witwe berichtet

Prag, 22. Juli. Vor Prager Pressevertretern sprach heute die hier eingetroffene Witwe von Erich Mühsam über den Leidensweg ihres Mannes, der vor einigen Tagen einen sehr erschütternden Abschied gefunden hatte.

Am 25. Februar 1933 wurde Mühsam von Kriminalbeamten verhaftet und nach dem Gefängnis in der Schriber Straße gebracht, wo er bis zum 6. April 1933 blieb. Dort erging es ihm noch gut. Am 8. April kam er mit 60 Prominenten nach Sonnenburg, wo sie von SA erwartet wurden. Dort erfolgten die ersten Misshandlungen und Verletzungen. Die Frau erhielt aber Sprecherlaubnis. Sie mußte feststellen, daß ihm die Zähne ausgeklappt waren.

Der Bart war abgeschliffen, damit der jüdische Topus mehr zum Vorschein käme! Am 10. April richtete ein Staatsanwalt Mittelbach eine Beschwerde. Es wurde ihr gesagt, wenn sie nicht ruhig sei und das Gehebe weiter erzähle, insbesondere von den Misshandlungen, Berichte, dann werde sie auch ins Konzentrationslager kommen. Frau Mühsam betonte besonders, daß ihr Mann bei dem Mordanschlag am 2. Mai 1931, während der viele bereits am 13. April verhaftet wurde und sich weit entfernt von München befand. Vergessen hatte Frau Mühsam in Berlin die Redaktionen auf diesen Fallbezug aufmerksam gemacht, doch weigerten sich die Blätter, diese Richtfertigkeit zu bringen, da die Nachricht über Mühsams Beteiligung aus Regierungskreisen kamme. In dem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß Goebbels schon 1932 in den Marmorsälen Mühsam der Beteiligung bezichtigte und Drohungen gegen ihn aussprach.

Während 1933 kam Mühsam nach Pläntzsee in Einzelhaft. Er blieb dort bis zum 5. September. Auch hier erging es ihm gut. Er bekam Patente und hatte die Erlaubnis, an seinen Manuskripten zu arbeiten. Am 5. September erfolgte eine Hausdurchsuchung. Es wurde ihm alles weggenommen und die Sprecherlaubnis entzogen. Am 8. September kam er nach Brandenburg. Dort war er den größten Misshandlungen ausgesetzt, und seine schlimmste Leidenszeit begann.

Er trug damals seine Ohrenverletzungen davon. Die Ohren waren völlig verletzt. Bei einem Besuch erklärte er jedoch seiner Frau, niemals werde er Selbstmord begehen. Sie ließ sich darauf verlassen, daß er sie nie allein lassen werde.

Inzwischen war nach Mittelbach Dr. Conrad als Staatsanwalt für die politischen Verbrechen verantwortlich geworden. Das Lager in Brandenburg wurde am 1. Januar 1934 aufgehoben, und Mühsam kam nach Oranienburg. Er wurde der 6. Kompanie, 2. Zug, zugeteilt, der der „Judenkammer“ genannt wurde. Die Angehörigen dieses

Juges wurden völlig kastriert und bekamen weiße Binden. Die SA-Leute gaben ihnen, da sie zum Reinigen der Aborte bestimmt waren, die Titulierung „Sch...haus-Kompanie“. Die Schreibbewilligung wurde ihm entzogen. Als er ein Gesuch um Schreibbewilligung einreichte,

wurden ihm beide Dämme gebrochen und er gefragt, ob er jetzt noch schreiben wolle. Damals wurde er, was auch aus der Presse bekannt ist, als Taugäber benutzt, und man ersah vor seinen Augen das Reifchen, an dem er seine Freude hatte. Bei einem Besuch sagte er zu seiner Frau, man müsse durchhalten, denn jetzt wisse man, was Faschismus sei, und müsse diese Kenntnis weiter verbreiten. Der Kommandant, der ihn und alle Juden misshandelte, hieß Stalkopf. Als eine Kommission mit Kinderbinder ins Lager kam, wurde allen fürchtbar gedroht, wenn sie das Geringste anfragen sollten. Als das Lager nach Oranienburg erließen und Schäfer seine Gegenwehr veröffentlichte, war die Behandlung eine Zeitlang besser. Am 22. Juni 1934 bekam Frau Mühsam ein Sprecherbüro. Trotzdem fuhr sie am 8. Juli nach Oranienburg und erzwang nach langem Verhandeln die Erlaubnis, denoch mit ihm 10 Minuten zu reden. Mühsam war außer Dingen, sprach erfuhr mit ihr und verlor seine Tatkraft. Danach

hat sie ihn nicht mehr gesehen. Am 9. Juli kam Mühsam um. Sie erhielt die Benachrichtigung durch die Polizei. Die Beamten waren sehr verlegen, als sie ihr mitteilten, daß Mühsam „gestorben“ sei. Sie eilte ins Lager. Niemand wachte, wo die Leiche sei. Anfang Juli war die SA schon durch die SS abgelöst worden. In einer Wirtschaft in der Nähe des Lagers traf sie jedoch Stalkopf mit einigen betrunkenen SA-Leuten. Stalkopf sagte wörtlich:

„Machen Sie nie die SA dafür verantwortlich, sondern die SS!“ - „Daraus geht auch unzweideutig hervor, daß Mühsam ermordet worden ist!“

Stalkopf stellte sich sehr feindselig gegen die SS. Frau Mühsam bittete weiter, daß an der Tafel ein Sturmführer Werner bestellt werde, daß die Häftlinge an dem Abend früher ins Bett müßten und daß

ihren Mann im Abort aufgehängt gefunden wurde. Stalkopf verriet ihr auch, daß sich die Leiche auf dem Friedhof befinde. In der Halle konnte sie die Leiche noch einmal sehen. Sie wies sich feinerlei Verletzungen auf, jedoch die Rolle des Strides um den Hals. Eine Oeduktion wurde verweigert. Die Beerdigung erfolgte am 16. Juli auf dem Waldriedhof in Dahlem. Aus dem Nachlaß erhielt sie nichts. Auf Warnungen von Freunden verließ sie Deutschland. Frau Mühsam wiederholt, daß Selbstmord ausgeschlossen sei und sich Offiziell und die anderen in gleicher Gefahr befänden.

Die minderwertigen Juden

Und die Rede eines hochwertigen Arierführers

Laut der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 371) hat der Staatsrat und Gauleiter Grohe in Aachen über die rassistischen Grundlagen der deutschen Volkseinheit u. a. ausgeführt:

Gauleiter Grohe sprach über die rassistischen Grundlagen der deutschen Volkseinheit. Die Hitler-Jugend müsse sich dieser Grundlagen bewußt sein, die in erster Linie Staatsgemeinschaft und deutsche Eigenart seien. Wenn das deutsche Volk diesen Menschenstandpunkt verliere, so betrachte es deshalb doch nicht die anderen Rassen als minderwertig. Die jüdische Rasse dagegen müsse es als minderwertig ansehen. Der Jude sei der Feind jeder arischen Gemeinschaft in der ganzen Welt. Der Jude sei der Feind der Arbeit; er lebe vom Profit, immer bestrebt, andere Völker zu grübeln. So war es schon seit Christus, der ja behauptet hat, der Satan sei der Vater des jüdischen Volkes. Von dem Juden komme alles Feindschaft. Er habe dem deutschen Volke jeden sittlichen Halt nehmen wollen, und das sei ihm auch teilweise gelungen. Der Jude sei der Urheber des Sozialismus, des Marxismus und der Diktatur. So habe er Deutschland zum Spielball der Welt gemacht. Vor dem Kriege habe er die Welt gegen das friedfertige Deutschland ausgehebt. Im Kriege habe er Greuelmärchen gegen das deutsche Volk verbreitet. Nach dem Kriege habe er das Volk ausgebeutet, Wirtschaft und Kultur vernichtet. Heute hebe er die Welt wieder gegen das friedliche Deutschland. Das müsse die deutsche Jugend wissen, daß ihr die Reinheit des Blutes und die Eigenart des Volkstums über alles zu gehen habe. Die Jugend müsse wissen, daß sie ihr Blut sauber zu halten habe. Die Jugend sei verantwortlich für das Weiterleben der Nation. Jeder deutsche Junge und jedes deutsche Mädchen müsse sich schämen, einen Juden auch nur freundschaftlich anzusehen. Wer bei einem Juden laufe, einen jüdischen Arzt oder einen jüdischen Rechtsanwalt zu Rate ziehe, beschmisse die deutsche Ehre. Unsere Anhänglichkeit und unsere Menschlichkeit gebieten uns, so fuhr Gauleiter Grohe fort, den Juden als einen Feind zu behandeln. Wir befinden uns da in einer Gesellschaft mit Christus, der erklärte, daß der Satan der Vater des Judentums sei; wir befinden uns in Gesellschaft aller großen Männer der Welt, insbesondere der deutschen.

„Insbesondere der deutschen...“
Grohes hoher geistiger Gedankensflug stieg im Laufe einer „Kulturwoche der Hitlerjugend“.

Es wird fortgebettelt

Aber nur für den Reichsparteitag und unter Vorsicht

Ein Zeugnis für die veränderte und die NSDAP absehnende Volkstimmung ist der parteiamtliche Aufruf, den die NSDAP in Köln für Sammlungen zum Reichsparteitag 1934 erläßt:

Nachdem der Reichsgauleiter der NSDAP bereits am 21. September 1933 ein allgemeines Sammelverbot erlassen hat, um 1. der wirtschaftlichen Lage unserer weichen Volksgenossen Rechnung zu tragen und um 2. das große Winterhilfswerk 1934/35 nicht durch anderweitige Sammlungen in Mitleidenschaft ziehen zu lassen, ist dieses Sammelverbot am 3. Juli d. J. durch Reichsgesetz erbärtet und auch auf nationalsozialistische Organisationen ausgedehnt worden. Demgemäß macht sich jeder strafbar, der unbesagt Sammlungen vornimmt. Darin sind einbegriffen Sammlungen jeder Art, wie auch z. B. Sammlungen für die SA, für die SS, u. s. w. Es ist ausdrücklich unterjagt, daß die SA

neue fördernde Mitglieder wirbt. Bedächtig von den bereit vor dem Verbot erfassten fördernden Mitgliedern dürfen die regelmäßigen Beiträge erhoben werden. Nur für den Reichsparteitag darf auf den nachfolgend mitgeteilten Wegen und in der hier festgelegten Weise gesammelt werden. Auf Grund dieser Anordnung wird für den Gau Köln-Rhein folgendes bestimmt: Von allen Mitgliedern der Partei wird eine Umlage erhoben, von der lediglich die nachweisbar erwerbslosen ausgenommen sind. Die nicht erwerbslosen Parteigenossen haben, soweit sie ausweislich ihrer Mitgliedskarte vor dem 1. April 1933 die Mitgliedschaft erworben haben, 0,75 RM; Parteigenossen, die erst nach dem 1. April 1933 Mitglied geworden sind, haben 1,50 RM zu entrichten. Die Dienststellen der Partei, SA, SS, SA, und Frauenchaft werden hiermit angewiesen, mit den ihnen übergebenen vom Gauhochmeister angefertigten Sammelbüchern auch bei jenen Firmen und Einzelpersonen zu sammeln, die einer Unterstützung des Reichsparteitages geneigt zu sein scheinen.

Freiheit

Verse, die in Deutschland als Klebezettel zu finden sind

- Es hamstern die Reichen,
Sie wissen, warum.
Die kleinen Leute aber?
Bleiben Sie dumm? **Freiheit!**
- Denker und Blutrictel
an die Laterne,
der Tag der Rache
ist nicht mehr ferne. **Freiheit!**
- Habt Mut!
Sprecht frei und offen!
Der Terror wird gebrochen! **Freiheit!**
- Wir Bauern schenken Diller
Vertrauen,
Dafür hat er uns übers Ohr
gehauen! **Freiheit!**
- Die zweite Arbeitschlacht ist
pleite.
Der Hunger plagt die kleinen
Leute.
Es prahlt und schwehlt die
braune Meute. **Freiheit!**
- Hilferuf —
lauter Schmutz! **Freiheit!**

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Vitz in Duderstadt; für Inserate: Otto Kubin in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schöyengraben 2. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Die Broschüre des Tages!

Hitler rast

Die Bluttragödie des 30. Juni 1934

Ablauf - Vorgeschichte und Hintergründe

..... sechs Personenwagen und drei Lastautos mit der Leibstandarte; auch ein Panzerwagen der Polizei ist darunter gewesen. Alles in allem mindestens 100 Mann.

Mit Panzerwagen nach Wiessee

In Hitlers Begleitung sind ein paar eigentümliche Figuren: die Münchner Stadträte Christian Weber und Emil Maurice. Sie gehören zu den ältesten Kämpfern der Bewegung. Maurice kann man den geistigen Vater der SA. nennen. Er war der erste Schläger, der Mann der ganz direkten Aktion, der nachts mit ein paar Genossen durch die Münchner Straßen zog und sich Gegner, namentlich Juden, zum Verprügeln suchte. Weber ist eine ähnliche Erscheinung; als er einmal wegen Ueberfalls auf einen älteren und kränklichen jüdischen Kaufmann vor Gericht stand, verteidigte er sich: wenn er einen Juden sehe, werde er besinnungslos vor Wut, und darum beantragte er Unzurechnungsfähigkeit. Es sind zwei Bravi, wie Hitler sie sich nur wünschen kann zu dem Werk, das er vor hat.

Wiessee ist ein erst in den letzten Jahren bekannt gewordener Badeort am Tegernsee, eine halbe Autostunde von der österreichischen Grenze, eineinhalb von München und zwölf von Berlin entfernt. Röhm hat hier ein Landhaus; auf dem anderen Seeufer wohnt Hitlers Drucker und persönlicher Freund Adolf Müller, bei dem der Kanzler sich öfters aufhält. Beobachtungsposten?

Nach Wiessee hat Röhm für den 30. Juni, dessen Morgen soeben graut, eine Anzahl höherer SA-Führer zu einer Besprechung berufen. Gegen 7 Uhr dringt Hitler mit seiner Truppe in das Haus ein. Es ist unbewacht und unverteidigt, alles liegt in den Betten. Röhm wird aus dem Bett heraus verhaftet; von Heines behauptet der Bericht, und man muß ihm glauben, man habe ihn mit einem Geliebten zusammen gefunden. Jetzt wird es grauenhaft. Hitler befiehlt, Heines auf der Stelle zu erledigen. Das ist die Stunde von Emil Maurice. Er hat eine alte Rechnung mit Heines, noch von längstvergangenen Zeiten her. Heines hat 1922 mit seinen Leuten vom Freikorps Roßbach die alten Münchner SA-Leute von ihren Posten verdrängt, und seitdem ist Haß. Heines wird, nur mit Hemd und mit Hose bekleidet, in ein Auto gebracht, ein paar Schüsse knallen und die „Säuberungsaktion“ hat ihren ersten Toten. Röhm wird ins Gefängnis Stadelheim bei München überführt, wo er schon 1923 als Kampfgefährte Hitlers saß. Es gilt als Gnade, daß ihm ein Revolver hingelegt wird, damit er selbst auf Offiziersart ein Ende mache. Aber er weigert sich, weil er sich für unschuldig erklärt: „Wenn ich schuldig bin, soll Adolf mich selbst erschießen.“ Zehn Minuten läßt man ihm Zeit; dann tritt das Exekutionskommando an und besorgt den Rest. Ein ähnliches Verhalten wird von Schneidhuber berichtet. Auf seinem Grab legten seine Söhne einen Kranz nieder; er wurde von der Polizei entfernt.

Warum wurde Röhm erschossen
Wofür mußte Schleicher sterben
Weshalb der Mord an Klausener
Was verursachte den Tod Kahrs
Wen wollte Göring vernichten
Wer beseitigte Gregor Strasser



Die ganze Welt fragt · Hitler verweigert die Antwort
Hier ist sie! · Lesen Sie die 72 Seiten starke Schrift

Hitler rast

VON KLAUS BREDOW

Ein Eingeweihter schrieb hier. Eine schonungslose Durchleuchtung des ganzen Hitlerkreises, ein Geheimfoto der blutigen Ereignisse, eine überraschende Aufhellung der Ursachen. Eine Fülle bisher unbekannter Tatsachen! Unerhört fesselnd geschrieben!

Preis ffr. 3,00

Die Nachfrage ist außerordentlich · Bestellen Sie noch heute beim

Verlag der Volksstimme
Saarbrücken Postfach 776
Postscheck-Konto Saarbrücken 619

Die „Deutsche Freiheit“

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

muß man regelmäßig lesen

Bestellschein

Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „Deutschen Freiheit“

Name:

Strasse:

Ort:

....., den

Unterschrift

Verlag der „Deutschen Freiheit“

Saarbrücken 3 · Schützenstraße 5 · Postschließfach 776

Sind die Nazis SOZIALISTEN?

100 Dokumente
aus 14 Monaten
gesammelt von * * *

54 Seiten hochinteressanten Materials

Preis: ffr. 1,00 für Saar und Frankreich
ffr. 1,20 für das übrige Ausland

Verlag der Volksstimme G. m. b. H.

Saarbrücken, Postfach 776

Postscheckkonto: Saarbrücken 619

Besonders wertvoll

zum Verständnis der letzten Ereignisse
in Hitler-Deutschland. Ungewöhnlich
interessant und ausschlußreich

Konrad Heiden:

Geburt

des dritten Reiches

Geschichte des Nationalsozialismus bis in die neueste Zeit

Niemand wird künftig über das Problem
des Nationalsozialismus mitsprechen dürfen,
der dieses Buch nicht gelesen hat.

Preis des 272 Seiten starken Buches:
Kartonierl 25,- Fr. Leinenband 35,- Fr.

Buchhandlung der Volksstimme

Saarbrücken 3 : Bahnhofstraße 32

Neunkirchen : Hüttenbergstraße 41